

TOBIAS MORAWSKI

Reclaim Your City

Tobias Morawski

RECLAIM YOUR CITY

Urbane Protestbewegungen am Beispiel Berlins

Herausgegeben vom Pappsatt Medien-Kollektiv

ASSOZIATION A





STANDORT
FUCK FOR
YOU

Impressum

© Berlin | Hamburg 2014

Assoziation A | Gneisenastr. 2a | 10961 Berlin

www.assoziation-a.de

berlin@assoziation-a.de | hamburg@assoziation-a.de

Gestaltung: Tobias Morawski | Druck: fgb, Freiburg

ISBN 978-3-86241-437-6

Fotos: reclaimyourcity.net | Umbruch-Bildarchiv

(außer S. 56 Wolfgang Sünderhauf/Umbruch Bildarchiv;

S. 126 unten: C. Eickhoff; S. 144: orangotango)

Inhalt

Einleitung

Urbane Protestbewegungen heute S. 12

Persönlicher Bezug zum Thema S. 13

Recht auf Stadt – Bewegung für eine urbane Gesellschaft S. 16

Stadt als umkämpfter Raum S. 17

TEIL 1

STADT IM NEOLIBERALEN WANDEL

Die Krise der Stadt im Fordismus S. 20

Stadt als Unternehmen S. 21

Image City – Stadt als Marke S. 24

Kultur als Standortfaktor S. 24

Privatisierung des öffentlichen Raums S. 25

Verdrängung S. 25

Verdrängung durch Privatisierung S. 27

Architektur als Hilfsmittel der Verdrängung S. 28

Gentrifizierung: Verdrängung durch Aufwertung S. 28

TEIL 2

DIE PRODUKTION VON RAUM S. 35

Die soziale Produktion von Raum S. 36

Raum und Macht S. 38

Der öffentliche Raum S. 38

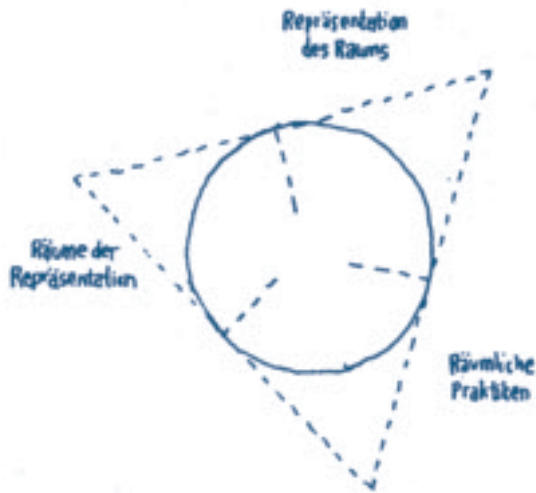
Kommunikation und Machtverhältnisse S. 39

Macht über die Kommunikationsmittel S. 39

Präsenz als Machtdemonstration S. 40

Der Verlust öffentlichen Raums S. 41

Aneignungskämpfe um den öffentlichen Raum S. 41



TEIL 3

STRATEGIEN DER STADTANEIGNUNG S. 47

A: BESETZUNGEN

DIE PHYSISCHEN RAUMANEIGNUNGEN S. 49

Haus- und Platzbesetzungen S. 53

Hausbesetzungen in Berlin S. 53

Guerilla Gardening – Städtisches Gärtnern S. 63

Temporäre Besetzungen S. 67

Blockaden S. 67

Blockaden von Zwangsräumungen S. 68

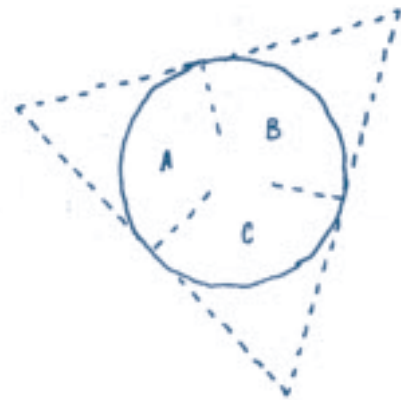
Blockaden von Bauvorhaben S. 69

Temporäre autonome Zonen S. 75

Free Partys S. 75

Open Air Partys S. 77

Reclaim the Streets S. 77



B: PROTESTKOMMUNIKATION

ANEIGNUNG DER SYMBOLISCHEN BEDEUTUNG
DES RAUMS S. 81

Inszenierte physische Präsenz S. 83

Demonstrationen S. 83

Besetzung als Kommunikationsstrategie S. 91

... zur sozialen Vernetzung S. 91

... als Demonstration von Gegenmacht S. 93

Gestaltung des öffentlichen Raums S. 99

Urban Art: Die Kunst der Kommunikation S. 100

Graffiti S. 102

Street Art S. 103

Gestaltete politische Kommunikation S. 107

Wandbilder S. 109

Plakate S. 117

Transparente S. 123

Aneignung der gegnerischen Kommunikationskanäle S. 127

Protest-Markierungen S. 131

Kampagnen S. 134

C: KRITISCHES KARTIEREN

ANEIGNUNG DER REPRÄSENTATION VON RAUM S. 138

Karten und Machtverhältnisse S. 140

Kritische Geografie S. 142

Kritisches Kartieren S. 145

Karten als Werkzeug sozialer Bewegungen S. 148

Karten als Neu-Definition von Raum S. 153

Karten als Repräsentanz widerständiger Akteure S. 154

TEIL 4

ANHANG S. 159

Urban Genealogy: Recht auf Stadt S. 160

Fazit S. 162

Informationsquellen zu urbanen Protestbewegungen S. 165

Literaturliste S. 166

Autoren-Info / Über die Herausgeber / Danke S. 168

EINLEITUNG

Urbane Protestbewegungen heute: Innenstadt als umkämpftes Terrain

In zahlreichen westlichen Metropolen bestimmen seit einigen Jahren Themen wie die Privatisierung öffentlicher Flächen, explosionsartig steigende Mieten, Prozesse der Verdrängung aus der Innenstadt sowie die Forderung nach Partizipation die politische Tagesordnung.

Wegen dieser Entwicklungen organisieren und vernetzen sich soziale Bewegungen auf der ganzen Welt für ein »Recht auf Stadt« für alle und engagieren sich für bezahlbaren Wohnraum in einer sozialen Stadt. In den folgenden Abschnitten möchte ich kurz einige Beispiele für solche Bewegungen nennen.

In der Türkei entwickelte sich der Protest gegen die geplante Bebauung des Gezi-Parks im Zentrum Istanbuls zu einer Massenbewegung. So kam es seit Mai 2013 in vielen türkischen Städten immer wieder zu Demonstrationen und zum Teil militanten Protesten gegen die konservative Regierung.

In Madrid formierte sich eine breite Bewegung gegen Zwangsräumungen von Wohnungen, weil spätestens seit der Finanzkrise 2007 viele Einwohner die Miete nicht mehr bezahlen können.

In Hamburg wehrt sich ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Mietsteigerungen, Luxusbauprojekte und eine Investoreninteressen verpflichtete Standortpolitik. In diesem Kontext wurde u.a. im August 2009 das Gängeviertel im Zentrum Hamburgs erfolgreich besetzt und in einen Ort für Kunst und soziale wie politische Projekte verwandelt.

In Berlin brachte zunächst die Initiative »Mediaspree versenken« eine breite Debatte über die Stadtentwicklung ins Rollen und schaffte es z.B., im Juli 2008 eine deutliche Mehrheit der Wähler für einen Bürgerentscheid gegen die geplante flächendeckende Bebauung des Spreeufers zu mobilisieren. Tausende Menschen beteiligten sich an den Demonstrationen und anderen medienwirksamen Aktionen.

Im Bezirk Kreuzberg blockierten Demonstranten die Zwangsräumung einer Wohnung in der Lausitzer Straße, die erst beim zweiten Versuch Anfang 2013 mit einem Großaufgebot der Polizei durchgesetzt werden konnte.

Die Forderung nach Partizipation äußert sich in Berlin auch in Protesten gegen die Bebauung des Tempelhofer Feldes, den Teilabbriss der Reste der Berliner Mauer an der Eastside Gallery oder die Verlängerung der Autobahn A 100 durch die Innenstadt.

PERSÖNLICHER BEZUG ZUM THEMA

Ausgangspunkt für dieses Buch sind unterschiedliche Beobachtungen zu der Stadtentwicklung Berlins.

Ich selbst bin in Berlin am »gefühlten Stadtrand« aufgewachsen und verbrachte einen Großteil meiner Lebenszeit im traditionell linken Szene-Bezirk Kreuzberg. Dorthin zogen mich wie viele andere die Offenheit und das Aufeinanderprallen unterschiedlicher Lebensvorstellungen und -realitäten. Die Hoch-Zeit der Hausbesetzungen schien zwar lange vorüber zu sein, aber in Berlin gibt es auch heute noch eine riesige Infrastruktur von selbstorganisierten, nichtkommerziellen Projekten und Räumen. Viele dieser Räume, die das soziale und kulturelle Leben in der Stadt noch heute prägen, sind durch Besetzungen ermöglicht worden.

2003 löste eine Kunstaussstellung im Bethanien am Mariannenplatz eine Flut selbstermächtigter Gestaltungen im Stadtraum aus. Die Ausstellung schien sich in einem ungeahnten Ausmaß über ganz Berlin auszubreiten. Street Art wurde zum Massenphänomen und öffnete breiten Kreisen die Augen für ihre ältere große Schwester, die Graffiti-Kultur. Die Vielfalt und Masse der Kommunikation im öffentlichen Raum veränderte meinen Blick auf den Stadtraum. Ich verstand sie als Ausdruck eines Verlangens nach Partizipation an einer Öffentlichkeit, die ja eigentlich allen gehören sollte.

Weil die Mieten dort bezahlbarer waren, zog ich Mitte der 2000er Jahre nach Nord-Neukölln. Innerhalb relativ kurzer Zeit veränderte sich meine Wohnumgebung. Immer mehr Menschen zogen in den

Kiez, Kneipen und Läden öffneten, ganze Häuserzüge wurden saniert und die Mieten stiegen: Die Gentrifizierung machte sich bemerkbar. Etwa im selben Zeitraum wurden immer mehr Fabrikhallen entlang des Spreeufers abgerissen, die ich als illegale Urban-Art-Galerien kannte. Wagenburgen, Clubs, Hausprojekte, Kunstwerkstätten und andere Orte in der Innenstadt wurden geräumt oder mussten schließen, weil sie die steigenden Mieten nicht mehr bezahlen konnten.

Im Jahr 2010 nahm ich an einer Demonstration gegen Umstrukturierung und steigende Mieten teil. Die Demo sollte sich als Auftakt einer neuen Bewegung von Mietprotesten in Berlin erweisen und ich war äußerst beeindruckt von der Selbstbeteiligung und der kreativen Kommunikation, die von den Teilnehmenden ausgingen. Das Thema schien viele Menschen zu beschäftigen, viele versuchten mit selbstproduzierten visuellen Mitteln ihre eigene Situation nach außen zu artikulieren. Von da an beschäftigte ich mich zunehmend mit stadtpolitischen Protesten im öffentlichen Raum und entdeckte immer mehr Parallelen und Überschneidungen zwischen all den oben angesprochenen Themensträngen. Sie alle haben ihren Ausgangspunkt in der Stadt, der Stadtentwicklung, dem öffentlichen Raum und der darin stattfindenden Kommunikation. Die vorliegende Arbeit ist der Versuch, diese Themenstränge inhaltlich zusammenzuführen und – so weit es in diesem Rahmen möglich ist – wissenschaftlich aufzuarbeiten. Auf der Basis der Publikationen von Henri Lefebvre und Pierre Bourdieu sowie von zeitgenössischen Ansätzen der Stadtsoziologie untersuche ich die unterschiedlichen Strategien, mit denen Menschen sich die Innenstadträume aneignen.

Am Beispiel Berlins stelle ich aktuelle stadtpolitische Protestbewegungen vor, die auf unterschiedliche Art und Weise ein »Recht auf Stadt« einfordern, versuche ihre Strategien der Raumeignung zu erklären und untersuche, welche Rolle Kunst, Gestaltung und Kartografie in diesen Prozessen spielen. Dafür werde ich historische und aktuelle Beispiele dieser Eingriffe und ihren Bezug zum politischen Protest aufzeigen.

Folgende Fragen liegen dieser Arbeit zugrunde:

- **Wie werden Konflikte um den öffentlichen Raum in diesem kommuniziert?**
- **Welche Strategien der Raumeignung verfolgen Protestbewegungen?**
- **Welche Kommunikationsmittel, welche Art von Bildsprache und welche Symbole setzen Protestbewegungen dafür ein?**
- **Wie positionieren sich Künstler und Gestalter in der Stadtpolitik?**
- **Welche Möglichkeit hat Gestaltung, in die Stadtpolitik einzugreifen, und welche Auswirkungen resultieren daraus bzw. sind daraus schon hervorgegangen?**

RECHT AUF STADT

Bewegung für eine urbane Gesellschaft

Unter dem Label »Recht auf Stadt« organisieren sich Initiativen und Netzwerke in vielen Ländern gegen eine Stadt- und Standortpolitik, die die Stadt als einen Konzern und den Stadtraum als Ware versteht. Alle Menschen, die in einer Stadt leben, sollen demnach unabhängig von Herkunft und sozialem Status entscheiden können, wie das städtische Leben gestaltet werden soll.

Damit beziehen sie sich direkt oder indirekt auf Henri Lefebvre. Dieser französische Soziologe, Intellektuelle, Philosoph und Marxist untersuchte in seinen zahlreichen Schriften die Beziehung zwischen Raum und Gesellschaft. Seine Theorien werden sowohl in der kritischen Stadtforschung, der Geografie, der Soziologie, der Politikwissenschaft als auch von den gegenwärtigen städtischen Protestbewegungen aufgegriffen.

Lefebvre forderte bereits im Jahr 1968 mit seinem Buch »Le droit à la ville« das Recht auf Stadt als eine Bündelung von kollektiven Rechten, die durch die Aneignung von Räumen gegen die kapitalistische Durchdringung des städtischen Raums erstritten werden. Das Recht auf Stadt wird dabei als ein Recht auf ein erneuerbares urbanes Leben verstanden, womit die kollektive Aneignung des städtischen Raums gemeint ist, in dem »der Austausch nicht über den Tauschwert, Handel oder Gewinn vermittelt ist«¹.

Die Forderung nach einem Recht auf Stadt bezieht als Erweiterung der menschlichen Grundbedürfnisse wie Arbeit, Gesundheit etc. folgende Aspekte mit ein:

- **Recht auf Zentralität**, d.h. Zugang zu Orten des gesellschaftlichen Reichtums, der städtischen Infrastruktur und des Wissens
- **Recht auf Differenz**, d.h. eine Stadt als Ort des Zusammenstreffens, der produktiven Auseinandersetzung

1 Henri Lefebvre: Le droit à la ville, Paris 1973 (1968), S. 108.

- **Recht auf Zugang** zu politischen und strategischen Debatten über zukünftige Entwicklungspfade.

Im Mittelpunkt dieser Forderungen stehen dabei nicht die Eliten, sondern die an den Rand gedrängten Gruppen der nach marktwirtschaftlichen Prinzipien verwalteten Stadt.²

STADT ALS UMKÄMPFTER RAUM

Die Gründe dafür, dass die Forderungen nach einem Recht auf Stadt seit einigen Jahren wieder aufgegriffen werden, sind in der Entwicklung der Stadt zu suchen.

Im ersten Kapitel werde ich den Wandel der Städte im Neoliberalismus beschreiben, in dem Städte die Rolle eines Entscheidungs-, Kontroll- und Machtzentrums innerhalb der globalisierten Welt einnehmen und wie Wirtschaftsunternehmen geführt werden, die im Standortwettbewerb zueinander stehen. Der öffentliche Raum wird dabei zunehmend privatisiert.

Im zweiten Kapitel werde ich auf die Auseinandersetzungen um Macht und Teilhabe am städtischen Raum eingehen: Einerseits führt der fortlaufende Prozess der Neoliberalisierung auf der ganzen Welt zu vermehrten Verdrängungs- und Ausschlussprozessen und ungleichem Zugang zur Stadtgesellschaft und ihren gesellschaftlichen Reichtümern, andererseits aber auch zum Erstarren von Protesten, die sich gegen ökonomische und soziale Ausschlüsse zur Wehr setzen.

»Mit der stetig steigenden wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Städte setzt sich die neoliberale Neustrukturierung der Gesellschaft verstärkt in den Städten um und wird vor allem in den Städten sichtbar. Gesellschaftliche Utopien und Alternativen sind daher in immer stärkerem Maß auch Alternativen für die Organisation des Städtischen. Mit dem Einfordern eines Rechts auf die Stadt verbindet sich die Hoffnung auf soziale Mobilisierungen und neue

2 Vgl. Dirk Gebhardt / Andrej Holm: Initiativen für ein Recht auf Stadt, Hamburg 2011, S. 8.

Bündnisse, und auf eine Vergesellschaftung jenseits von Staat und Markt.«³

Im dritten Kapitel werden die Protestbewegungen und ihre Strategien der Raumeinnahme veranschaulicht. Die inhaltliche Struktur dieses Kapitels baut auf der Theorie der sozialen Produktion von Raum nach Henri Lefebvre auf, die im zweiten Kapitel erklärt wird.

3 Vgl. Dirk Gebhardt / Andrej Holm: Initiativen für ein Recht auf Stadt, Hamburg 2011, S. 9.

TEIL 1

**STADT IM
NEOLIBERALEN
WANDEL**

DIE KRISE DER STADT IM FORDISMUS

Lefebvre entwickelte seine Forderungen im Paris der 1960er Jahre, als der Aufstieg des Fordismus zu einer massiven Migration von Bewohnern ländlicher Gebiete in die Städte führte und Massenwohnbauten die Innenstadt dominierten.

Die Stadtplanung war im Zeitalter des Fordismus, das etwa von den 1920ern bis in die 1970er Jahre andauerte, von Kontrolle und Disziplinierung geprägt, was in ähnlicher Weise auch für das soziale Leben galt. Die Städte wurden nach funktionalistischen Kriterien umstrukturiert: In der Nähe von Industrieanlagen wurden Arbeitersiedlungen gebaut, in reichen Gegenden entstanden Villenviertel und an den Stadträndern wurden für den gehobenen Mittelstand Einfamilienhäuser errichtet.

Gleichzeitig waren große Flächen im Eigentum der Stadt, sodass die Stadtverwaltung über deren Nutzung entscheiden konnte. Dank staatlicher Wohnungsversorgung verfügten die BewohnerInnen über bezahlbaren Wohnraum, der teilweise dem freien Markt vorenthalten war.

Lefebvre sah in dieser Stadtentwicklungspolitik eine Tendenz zur Homogenisierung sowie Konditionierung und Kolonisierung des Alltagslebens – die »Krise der Stadt«.¹

Diese Krise war Ausgangspunkt für verschiedene soziale Bewegungen in den 1960er Jahren, die sich neben den Protesten gegen Krieg und unterschiedliche Ausgrenzungs- und Diskriminierungsformen auch gegen eine fremdbestimmte Alltagswelt, die Vertreibung aus der Innenstadt und den Verlust urbaner Lebensqualität richteten.²

1 Vgl. Christian Schmidt: Henri Lefebvre und das Recht auf Stadt, in Dirk Gebhardt / Andrej Holm (Hg.): Initiativen für ein Recht auf Stadt, Hamburg 2011, S.25–51, hier: S. 26.

2 Vgl. ebd.

STADT ALS UNTERNEHMEN

Verstärkt durch die Ölkrise im Jahr 1973 fand eine zunehmende Deindustrialisierung der Städte statt. Industrieproduktionen wurden in Billiglohnländer ausgelagert. In der Folge führten Massenarbeitslosigkeit und Haushaltsknappheit zu einem radikalen marktwirtschaftlichen Umdenken. Staatliches und öffentliches Eigentum und Dienstleistungen wurden privatisiert und die städtischen Wohnungsgenossenschaften wurden verkauft.

Städte stehen seitdem wie Unternehmen im Standortwettbewerb um Investoren, Touristen, Steuereinnahmen und Groß-Events. Aus Wohnraumbesitz und Mieteinnahmen entwickelte sich in der Folge ein lukratives Geschäft.

An die Stelle von Fließbandarbeit treten wissensbasierte Wirtschafts- und Dienstleistungsbereiche.

Der Stadt kommt im Zuge der Globalisierung insgesamt gesehen immer mehr die Bedeutung eines Entscheidungs-, Kontroll- und Machtzentrums zu. »Je globalisierter die Wirtschaft, desto höher die Ballung zentraler Funktionen an relativ wenigen Orten – sprich: den Global Cities.«³

An dieser Stelle setzt auch die sogenannte Dependenztheorie an, die die Unterscheidung von Zentrum und Peripherie als soziales und ökonomisches Ungleichgewicht zwischen Ballungsräumen, den Zentren, und den davon abhängigen, aber örtlich getrennten strukturschwachen Räumen, der Peripherie, beschreibt. Während die Städte als Zentren um ihren Rang als Global Citys konkurrieren, besteht die Rolle der Peripherie darin, sich diesen als möglichst billige Produktionsstätte anzubieten. Dieser Prozess geht mit einer Spaltung in den weltweiten Produktionsabläufen einher: »Das Geschäftsmodell ist, dass man in Europa und Amerika die Ideen für Produkte entwickelt, die man in China herstellen lässt.«⁴

3 Saskia Sassen: *The Global City*, Princeton 2001, S. 26.

4 Ingo Stützle: *Tatort als Karstadt des Kulturbetriebs*, 2012, in: ak 572 vom 18.5.2012.



14b

14b

- BOSAL
- VALEO
- AKEMI
- KAYABA
- VAN-WESEL
- LIQUI MOLY



IMAGE CITY – STADT ALS MARKE

Mit Standortmarketing versuchen Städte für wirtschaftliche Akteure attraktiv zu werden. Dafür verfolgen sie ähnliche Strategien wie Wirtschaftsunternehmen: den Aufbau einer Marke (z.B. »Marke Hamburg« oder »Be Berlin«) samt repräsentativer moderner Bauten (z.B. Potsdamer Platz) und entsprechendem »lebendigem« Kulturangebot. Das Aussehen und das Image der Stadt werden zur Visitenkarte.

Der Hamburger Bürgermeister Dohnanyi beschreibt diese Entwicklung in einem Beitrag im Magazin »Capital« treffend: »Der Einfluss von Wissenschaft und Technik auf die wirtschaftliche Entwicklung wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Er wird sich beschleunigen. Und diejenigen Standorte werden in Zukunft die größten Chancen haben, die nicht nur im Bereich von Wissenschaft und Technik überlegen sind, sondern die auch durch Wohnqualität, Freizeitwert und Kultur die größte Anziehungskraft auf diejenigen Menschen ausüben, die Schöpfer der neuen Industrien und Dienstleistungen sind. Denn der Kopf bringt seinen Standort mit.«⁵

KULTUR ALS STANDORTFAKTOR

Die Zentralität einer Stadt, in der aktive Differenzen und alternative Alltagspraxen gelebt werden, ist nicht nur wichtig für ökonomische Innovationsprozesse, vielmehr wird im Wettbewerb der Städte Urbanität selbst zum Standortfaktor.

So beschreibt beispielsweise der Ökonom Richard Florida in seinen Büchern »The Rise of the Creative Class« (2002), »Cities of the Creative Class« (2005) und »The Flight of the Creative Class« (2005) ein buntes Straßenbild, kulturelle Angebote, ethnische Vielfalt und eine lebendige Kunst- und Kulturszene als Ausgangspunkte und Voraussetzung für das wirtschaftliche Wachstum westlicher Metropolen. Er geht davon aus, dass kulturelle und künstlerische

5 Klaus Dohnanyi, Capital, Ausgabe 07/1986.

Kreativität innerhalb einer Stadt ein Ambiente schafft, das technologisch und ökonomisch kreativ tätige Menschen anzieht.

Stadtverwaltungen fördern explizit sogenannte »weiche Standortfaktoren«, welche die Stadt »für Investoren und ihre Angestellten attraktiv machen und darüber hinaus auch TouristInnen und einkommensstarke Bevölkerungsschichten anziehen sollen«. ⁶

PRIVATISIERUNG DES ÖFFENTLICHEN RAUMS

Partnerschaften mit Privatunternehmen spielen zunehmend eine Rolle in der Stadtentwicklung (Public Private Partnership). Dabei werden ganze Innenstadt-Areale zu günstigen Bedingungen, d.h. mit Subventionen und Steuergeschenken, Investorengruppen zur Verfügung gestellt, die aus ihnen hochpreisige Business-, Entertainment-, Shopping- oder Luxuswohngebiete machen. In ihnen können sich die Global Player der Wirtschaft repräsentativ ansiedeln. Öffentliche Räume werden so in halb-öffentliche oder private Räume umgewandelt, die nur eingeschränkt gesellschaftlich zugänglich sind.

In Berlin sind diese Entwicklungen an den Beispielen Sony Center am Potsdamer Platz oder der geplanten Bebauung des Spreewalds zu sehen.

Im Fall des MediaSpree-Investitionsprojekts sollte ein Großteil des Spreewalds privatisiert werden. Geplant ist eine Ansiedlung von Kommunikations- und Medienunternehmen, Bürogebäuden und Lofts.

VERDRÄNGUNG

Die Entwicklung einer unternehmerischen Stadt hat spürbare Folgen für Lebensbereiche wie Wohnen, Freizeit, Kultur oder Arbeit: In vielen Ländern der Welt macht sich nach ähnlich ablaufenden Mustern eine soziale und ökonomische Polarisierung in den Städten bemerkbar.

6 Nicole Grothe: InnenStadtAktion – Kunst oder Politik?, Bielefeld 2005, S. 20.

STADT UND LAND

WOHNBAUTEN-GESELLSCHAFT

Geschäftsbesorgerin der Wohnbaugesellschaft



...komm mit ins
ABENTEUERLAND

Sowohl die sich vergrößernde Kluft zwischen Arm und Reich ⁷ als auch die räumliche Ausgrenzung sozialer Gruppen sind dabei typische Entwicklungen.

Verdrängung kann sich dabei in direkter oder indirekter Einschränkung des Zugangs zu Räumen oder der Nutzungsmöglichkeiten von Raum äußern.

VERDRÄNGUNG DURCH PRIVATISIERUNG

Privatisierung ist eine konkret stattfindende Form von Raumeinnahme durch private Akteure. In privaten Räumen sind die Zugangs- und Nutzungsbedingungen durch das Hausrecht geregelt, womit die Besitzer nach ihrem Interesse den Zweck des Aufenthalts von Personen bestimmen können. Wenn wirtschaftliche Akteure öffentliche Räume kontrollieren und besetzen, ist ihr Interesse in der Regel, das Verhalten der Anwesenden in kommerziell verwertbare Bahnen zu lenken.

Sogenannte »halböffentliche Räume« wie Shopping Malls, Entertainment Center, privatisierte Bahnhöfe oder Gartenanlagen scheinen für jeden öffentlich zugänglich zu sein. Allerdings bestimmen hier wirtschaftliche Akteure sowohl über Zugangs- und Nutzungsregelungen als auch über den Ausschluss unerwünschter sozialer Gruppen.

Räume wie das Sony Center sind flächendeckend kameraüberwacht. Private Sicherheitsdienste setzen das Hausrecht durch, wenn z.B. der Anblick von Obdachlosen oder »herumlungernden« Jugendlichen das Einkaufsvergnügen stört. Nicht ohne Grund fehlen in Einkaufszentren oft Sitzgelegenheiten.

Ein noch radikaleres Beispiel von Privatisierung sind sogenannte »Gated Communities«, d.h. abgegrenzte und privatisierte Wohnbereiche und Straßen wohlhabender Bevölkerungsschichten. Sie ermöglichen, schon die physische Anwesenheit unerwünschter sozialer Gruppen unter Strafe zu stellen.

7 Vgl. Die Zeit, »Gespaltene Gesellschaft«, 13.12.2011.

ARCHITEKTUR ALS HILFSMITTEL DER VERDRÄNGUNG

Auch Architektur hat in vielen Fällen die Funktion, den Zugang zum Raum und seine Nutzungsmöglichkeit zu bestimmen. Neben dem Bau halböffentlicher Gebäude spiegeln sich Ausschlussmechanismen durch Architektur auch im sogenannten öffentlichen Raum wider.

Überwachungskameras sorgen für sozial angepasstes Verhalten der Menschen, die beobachtet werden. Um Obdachlose fernzuhalten, werden in Gartenanlagen Parkbänke entfernt und Brückenunterführungen hell erleuchtet. In Bahnhofsanlagen läuft klassische Musik, damit Drogenabhängige sich dort nicht wohlfühlen. An Stadtmöbeln werden sogenannte »Skatestopper« angebracht – kleine Metallstifte, die die Nutzung beim Skateboardfahren verhindern.

GENTRIFIZIERUNG

Verdrängung durch Aufwertung

Eine indirekte und prozesshafte Form von Verdrängung ist die ökonomische Aufwertung von Raum, die aufgrund der aktuellen Brisanz etwas ausführlicher beschrieben werden soll.

Als »Gentrifizierung« wird in der (Stadt-)Soziologie ein Umstrukturierungsprozess bezeichnet, der Einkommensschwache aus – zumeist innenstadtnahen Vierteln – verdrängt, indem ihr Stadtteil aufgewertet wird, weswegen sie sich die Miete dort schließlich nicht mehr leisten können.

Auch dieser Prozess hat seinen Ursprung in der Veränderung der Stadtökonomie nach der Zeit des Fordismus. Als in den 1970er und 1980er Jahren Dienstleistungsgewerbe und Wissenschaft zunehmende Bedeutung für die Stadt bekamen, änderten sich Lebensstile und Berufswege der Mittelklasse. Die Innenstädte wurden für Berufsgruppen wie Akademiker, Anwälte und Architekten attraktiv, die sich nicht mehr an das Leben in einer Kleinfamilie in der Peripherie der Stadt gebunden fühlten. Stadtverwaltungen unterstützen

diese Entwicklungen mit Fördergeldern und durch die Festlegung von Sanierungsgebieten.

Der Berliner Stadtsoziologe Andrej Holm unterscheidet in seinem Buch »Wir Bleiben Alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung« vier Modelle von Gentrifizierungsprozessen, die sich in ähnlicher Form in den meisten Städten abspielen:

1: Die symbolische Aufwertung

Kunst- und Alternativszenen erschließen Gebiete der städtischen Unterklassen, weil die Mieten dort billig sind. Diese sogenannten »Pioniere der Gentrification« schaffen eine kulturelle und soziale Infrastruktur, die (anders als die des traditionellen Arbeitermilieus) attraktiv für die Mittelklasse ist.

Nachdem das ehemalige Arbeiterviertel auf diese Weise zu einem besonderen Ort geworden ist, wird es auch für Investoren und Besserverdienende interessant. Einzelbesitzer von Immobilien nutzen die Gelegenheit und verkaufen gewinnbringend an professionelle Immobiliengesellschaften. Diese wiederum modernisieren die Häuser, damit sie anschließend mehr Miete einnehmen können. Weil die ursprünglichen Bewohner die erhöhte Miete nicht bezahlen können, werden sie aus der Nachbarschaft verdrängt.

Indem immer mehr Besserverdienende hinzuziehen, verändert sich in kurzer Zeit die gesamte Sozialstruktur einer Gegend. Wegen der zunehmenden Modernisierungsarbeiten steigen auch die Gewerbemieten, was zur Folge hat, dass auch die Pioniere samt ihren Alternativkneipen und Galerien aus der Nachbarschaft vertrieben werden.⁸

Nach ähnlichem Muster wurde der Prenzlauer Berg, früher einer der ärmsten Bezirke Berlins, in weniger als 20 Jahren zu einer der teuersten Wohngegenden der Stadt.⁹

8 Vgl. Andrej Holm: Wir Bleiben Alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung, Münster 2010, S. 9f.

9 Vgl. Die Welt, »Wie ein Berliner Szenekiez zum Altersheim wird«, 20.9.2013.

2: Die öffentlich geförderte Verdrängungsdynamik

Die Festlegung von Sanierungsgebieten und die Förderung von Bestandsmodernisierungen durch Stadtverwaltungen schaffen, ergänzend zu der oben beschriebenen symbolischen Aufwertung, Anreize für Investitionen in Altbaugebieten. Diese Art der Verdrängung kann sich allerdings noch stärker auswirken, weil es aufgrund der großflächigen Festlegung eines Sanierungsgebietes noch weniger Ausweichmöglichkeiten für Geringverdiener gibt. In »sozialen« Sanierungsmodellen sollen weitere Förderprogramme die Mieten mit Subventionen gering halten.¹⁰

2011 legte der Berliner Senat sieben neue Sanierungsgebiete, u.a. in Moabit, im Wedding und im Norden Neuköllns, fest. Ziel der Aufwertung des Gebietes rund um die Karl-Marx-Straße in Neukölln ist beispielsweise eine Imageverbesserung und eine Entwicklung mit »Hauptaugenmerk auf Public Private Partnership«¹¹, d.h. die oben beschriebene Privatisierung öffentlichen Raums. Aktuell ist insbesondere der Bezirk Neukölln deutlich von Umstrukturierung betroffen. So fand allein zwischen den Jahren 2011 und 2012 eine Mietsteigerung um 40 Prozent statt.¹²

3: Verdrängung durch Luxuswohnprojekte

Auch teure Neubauten und Luxus-Lofts, z.B. in unbewohnten Gebieten, auf Brachen oder alten Industrieanlagen, können Verdrängung verursachen. Sie können die umliegenden Wohngebiete aufwerten und preiswerte Wohngelegenheiten verknappen, weil Ausweichmöglichkeiten verbaut sind. Oft werden für die Ausweitung von Geschäftsgebieten Wohnbauten in Büros umgewandelt oder abgerissen.¹³

10 Vgl. Andrej Holm: *Wir Bleiben Alle!*, a.a.O., S. 11f.

11 Ziele und Aufgaben der [Aktion! Karl-Marx-Straße], unter <http://www.aktion-kms.de/akms/ziele-und-aufgaben/>; abgerufen am 3.11.2013.

12 Vgl. Die Welt, »Mieten steigen in Neukölln um 40 Prozent«, 16.10.2012.

13 Vgl. Andrej Holm: *Wir Bleiben Alle!*, a.a.O., S. 14 f.

Luxuswohnanlagen werden häufig in attraktiven Innenstadtlagen wie Berlin-Mitte und am Spreeufer gebaut, wie z.B. »Turm Upper Spreegold« in Alt-Stralau oder die »Living Levels« an der East Side Gallery. Letztgenanntes Bauprojekt löste u.a. Proteste aus, weil für den Bau ein Teil der denkmalgeschützten Berliner Mauer entfernt wurde.¹⁴

4: Verdrängung aus dem Lebensstil

Es gibt Formen der Aufwertung, die nicht unbedingt die direkte Verdrängung aus der Nachbarschaft zur Folge haben. Die Imageaufbesserung eines Gebiets oder die Ausbreitung von Kunst- und (Sub-)Kulturszenen in Gebieten mit wenig Modernisierungsspielraum kann eine Steigerung der Neuvermietungsrenten zur Folge haben. In diesen Fällen bleibt der Anteil der Einkommensschwachen gleich, aber die Zahl der Besserverdienenden steigt. Es entsteht eine schleichende soziale Polarisierung, da auf diese Weise auch der allgemeine Mietspiegel ansteigt. Für einkommensschwache Haushalte bedeutet das, dass sie ihren Lebensstandard senken und in anderen Lebensbereichen sparen müssen.¹⁵

Kreuzberg hat beispielsweise eine etablierte Alternativszene, einen stabilen Anteil von Migranten und sozial Schwachen und gleichzeitig vermehrt Luxuswohnungen, wie etwa das Carloft in der Reichenberger Straße. Geringverdiener zahlen hier teilweise bis zu 40 Prozent ihres monatlichen Einkommens für die Miete.¹⁶

14 Vgl. Tagesspiegel, »East Side Gallery: Alle reden, einer baut«, 9.9.2013.

15 Vgl. Andrej Holm: Wir Bleiben Alle!, a.a.O., S. 16 f.

16 Vgl. Berliner Zeitung, »Singles sind am stärksten belastet«, 19.11.2012.





Der folgende Abschnitt erklärt die Theorie der sozialen Produktion von Raum von Henri Lefebvre. Diese basiert auf der Annahme, dass Raum nicht nur physisch-materiell zu beschreiben ist, sondern immer auch gesellschaftlich konstruiert ist.

Städtischer Raum ist demnach ein Ort, der ständig in Theorie und Praxis neu definiert wird. Er ist Ergebnis von Auseinandersetzungen, Debatten und Kämpfen um den Zugang und Teilhabe an seiner Erneuerung.¹

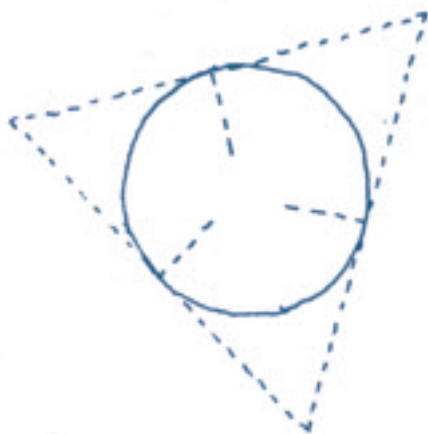
Mit dieser Theorie lassen sich die Strategien erklären, die unterschiedliche Akteure anwenden, um sich Raum anzueignen, auf die ich im dritten Kapitel genauer eingehen werde.

1 Vgl. Christian Schmidt: Henri Lefebvre und das Recht auf Stadt, 2011, S. 39.

TEIL 2:

DIE PRODUKTION VON RAUM

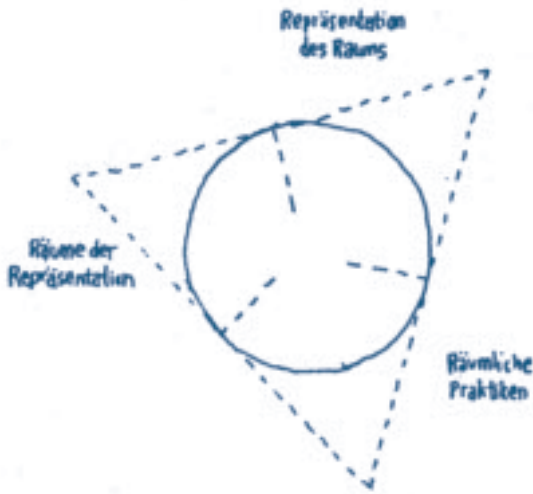
ZWISCHEN MACHT UND ANEIGNUNG



DIE SOZIALE PRODUKTION VON RAUM

Raum ist nach Lefebvres Theorie der sozialen Produktion des Raums das Ergebnis gesellschaftlicher Produktionsprozesse. Wie ein Raum wahrgenommen wird, wie er gestaltet wird und welche Bedeutungen ihm zugeschrieben werden, ist genauso wie seine Nutzung ein ständiger Prozess, der immer von Machtstrukturen und Wissensproduktion abhängig ist.¹

Die Produktion von Raum ist das Ergebnis von drei miteinander verknüpften Prozessen:



A: Die »Repräsentation des Raums«

Dieser Aspekt bezeichnet die Definition des Raumes, die von unterschiedlichen Akteuren interpretierbar und veränderbar ist. Sie kann als »Art und Weise, wie von den räumlichen Praxen geredet und gedacht

1 Vgl. Benjamin Etzold: Die umkämpfte Stadt, in Dirk Gebhardt / Andrej Holm (Hg.): Initiativen für ein Recht auf Stadt, Hamburg 2011, S. 187-220. hier: S. 188f.

wird« verstanden werden.² Diese Definition ist ein gesellschaftlicher Prozess, der mit Machtstrukturen und Wissensproduktion verbunden ist und gesellschaftliche Regeln, Normen und Ausschlüsse beinhaltet. Karten sind z.B. Möglichkeiten, einen Raum zu definieren.³

B: Die »Räume der Repräsentation«

Hiermit wird die symbolische Bedeutung eines Raums beschrieben. Die »Räume der Repräsentation« ermöglichen als geistige Konstrukte neue Möglichkeiten, Bedeutungen und Abstraktionen räumlicher Praxen.⁴ Wenn praktisch Erlebtes oder Erfahrungen des Raumes im Alltag symbolisch dargestellt werden, wird damit eine Bedeutung des Raums festgeschrieben. Diese Bedeutung kann z.B. durch ein künstlerisches Werk oder eine einmalige Protestaktion verändert werden – unabhängig davon, ob eine Person selbst je an diesem Ort gewesen ist. Die Veränderung seiner Bedeutung hat wiederum Auswirkungen auf die Nutzung des Raums.⁵

C: Die »räumlichen Praktiken« der NutzerInnen

Sie umfassen die konkreten Aspekte des Raumes, die von den NutzerInnen wahrgenommen oder genutzt werden – seine Materialität; d.h., was und wer physisch präsent ist und welche Möglichkeiten der Raum den jeweiligen Akteuren für Interaktionen bietet. Diese Praktiken geschehen innerhalb der abstrakt konzipierten »Räume der Repräsentation« und beeinflussen die »Repräsentationen des Raums«.⁶

2 Vgl. Bernd Belina: Umkämpfte Ideologien: Krimineller Raum vs. Öffentlicher Raum, in: Paul Reuber, Wolkenstorfer (Hg.): Politische Geographie. Heidelberger Geographische Arbeiten, 2001, S. 230.

3 Vgl. Christian Schmidt: Henri Lefebvre und das Recht auf Stadt, a.a.O., S. 35–39.

4 Vgl. Bernd Belina, ebd.

5 Vgl. Christian Schmidt: Henri Lefebvre und das Recht auf Stadt, a.a.O., S. 35–39.

6 Ebd.

RAUM UND MACHT

Raum und die Produktion von Raum ist nicht frei von Machtverhältnissen. Gleichberechtigt sind in ihm – wenn überhaupt – Menschen nur in Bezug auf ihre physische Anwesenheit, nicht aber in ihren Möglichkeiten, den Raum zu nutzen. Grundsätzlich haben unterschiedliche Akteure unterschiedliche Chancen, sich Raum anzueignen und von der Nutzung des Raums zu profitieren.⁷

Die Möglichkeit der Aneignung steht immer im Verhältnis zu gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. So hat ein Akteur mit einer günstigen Kombination von gesellschaftlicher und kultureller Anerkennung und Wertschätzung oder auch mit einem entsprechenden ökonomischen Kapital eine gesellschaftlich machtvolle Position in einem Raum inne, kann sich räumliche Vorteile verschaffen und diese auch offensiv zeigen.⁸

Wer einen Raum (temporär) physisch besetzt, besitzt demnach auch die Kontrolle über dessen Nutzung, was gleichzeitig bedeutet, dass anderen der Zugang oder die Nutzung des Raumes verwehrt bleiben kann.

DER ÖFFENTLICHE RAUM

Um die sozialen Praktiken verstehen zu können, die in den öffentlichen Raum eingreifen, ihn mitgestalten und ihn sich als Repräsentationsraum aneignen, ist zunächst die Unterscheidung zwischen öffentlichem und privatem Raum bedeutend.

»Öffentlich« wird dabei in Abgrenzung zum »Privaten« definiert. Während private Angelegenheiten und Handlungen in einer Sphäre stattfinden, »in der die Gesellschaftsmitglieder ihre Ziele und Lebensprojekte verfolgen können, ohne sich kollektiven Entscheidungen zu unterwerfen oder sich gegenüber dem Kollektiv rechtfertigen zu

7 Vgl. Benjamin Etzold: Die umkämpfte Stadt, a.a.O., S. 191ff.

8 Vgl. ebd., S. 196.

müssen«⁹, sind öffentliche Maßnahmen »Gegenstand kollektiver Verantwortung und Entscheidungen«. ¹⁰

Öffentlicher Raum ist folglich ein Raum der Kommunikation, in dem gesellschaftliche Fragestellungen und Konflikte zwischen Gemeinwesen und dem Privaten ausgehandelt werden. Dass der Raum ein Ort des Gemeinwesens und demnach »öffentlich« ist, setzt im Idealfall den gleichberechtigten Zugang zum Raum und die Möglichkeit der Kommunikation voraus.

KOMMUNIKATION UND MACHTVERHÄLTNISSE IM RAUM

An einem öffentlichen Raum der Kommunikation sollte möglichst jeder teilhaben können, »der in der Lage ist, sich auszudrücken, und es besteht dabei die Möglichkeit einer Rotation der kommunikativen Rollen, so dass derjenige, der erst zuhört und sich ein Urteil bildet, dieses später dann mitteilen kann, so dass ihm zugehört wird«. ¹¹

Allerdings ist auch die Kommunikation im öffentlichen Raum mit gesellschaftlichen Machtpositionen verknüpft und findet damit nicht gleichberechtigt statt. Unterschiedliche Akteure haben unterschiedlichen Zugriff auf Kommunikationskanäle und dementsprechend unterschiedliche Möglichkeiten, gehört zu werden.

39

MACHT ÜBER DIE KOMMUNIKATIONSMITTEL

In Kommunikationsprozessen im öffentlichen Raum gibt es einen begrenzten Spielraum. Für Gestaltungsflächen und Kommunikationsmedien muss in der Regel bezahlt werden. Sie stehen nur zahlungskräftigen bzw. zahlungswilligen Akteuren zur Verfügung und schließen damit die meisten Bewohner und Nutzer aus.

9 Peters (1994) nach García Leguizamón: Vom klassischen zum virtuellen öffentlichen Raum - Das Konzept der Öffentlichkeit und ihr Wandel im Zeitalter des Internet, Berlin 2009, S. 33.

10 García Leguizamón, ebd.

11 Habermas nach García Leguizamón, 2009, S. 34.

Ein großes Ungleichgewicht in den kommunikativen Rollen zeigt sich beispielsweise bei der massiven Präsenz von Werbung im öffentlichen Raum. Diesen Kommunikationskanal können diejenigen am besten (bzw. überhaupt nur) nutzen, die ökonomisch gut aufgestellt sind. Hier manifestiert sich die jeweilige Machtposition in der klaren Unterscheidung von Sender und Empfänger der Botschaften.¹²

PRÄSENZ ALS MACHTDEMONSTRATION

Weil die Präsenz im (materiellen oder sozialen) Raum eine öffentliche Repräsentationswirkung hat, manifestieren sich dadurch, ob und wie ein Akteur im Raum vertreten ist, seine Machtposition im Raum und seine Möglichkeit, gehört zu werden.

Eine solche Machtposition wird durch physische und symbolische Aneignung erreicht und bedingt wiederum den Prozess weiterer Aneignung. Hier möchte ich Bourdieu zitieren, der äußert, dass zur Schau gestellte Nutzung eines Raumes eine »Form der Zurschaustellung von Macht par excellence« ist.¹³

Wenn Konzerne und andere private Akteure den Stadtraum als Werbefläche nutzen, ist das folglich auch eine Demonstration, dass sie über die ökonomische und politische Macht verfügen, diesen Raum zu gestalten – im Gegensatz zu dem Großteil der anderen NutzerInnen des öffentlichen Raums. Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass sie in immer größerem Ausmaß das Erscheinungsbild und die Wahrnehmung der Stadt bestimmen.

In privatisierten halböffentlichen Räumen wie dem Sony Center am Potsdamer Platz oder der O2 World an der Spree manifestiert sich diese Gestaltungsmacht, indem die Corporate Identity dieser Marken große Teile der Stadtlandschaft dominiert. Wer z.B. auf der Oberbaumbrücke in Kreuzberg-Friedrichshain steht, um die Aussicht zu genießen, wird kaum an der O2 World mit ihrer riesigen leuchtenden Werbetafel am Spreeufer vorbeischaun können. Weiterhin

12 Vgl. J. Baudrillard: *Kool Killer oder der Aufstand der Zeichen*, Berlin 1978, S. 22f.

13 Bourdieu, 2005, nach Benjamin Etzold: *Die umkämpfte Stadt*, a.a.O., S.216.

werden die Namen der Marken dauerhaft in Stadtplänen repräsentiert, in denen die Orte verzeichnet sind.

Angeeigneter Raum ist demnach ein aussagekräftiger Indikator für die Stellung eines Akteurs im sozialen Raum und für Machtverhältnisse und den Zustand von sozialer (Un-)Gerechtigkeit einer Stadt.¹⁴

DER VERLUST ÖFFENTLICHEN RAUMS

Wenn vom Verlust des öffentlichen Raums infolge der neoliberalen Stadtentwicklung gesprochen wird, wird auf eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse im Raum vom Gemeinwesen zum Privaten hingewiesen.¹⁵ Mit der zunehmenden Privatisierung und den daraus folgenden Ausschlussmechanismen verliert öffentlicher Raum seine Qualität als Raum der gleichberechtigten Nutzung, der Kommunikation, der Begegnung und Interaktion – er ist dann nicht mehr öffentlich.

ANEIGNUNGSKÄMPFE UM DEN ÖFFENTLICHEN RAUM

Die Produktion von öffentlichem Raum steht also im Spannungsfeld zwischen den zwei großen Handlungsträgern Staat und Kapital und diesen untergeordneten gesellschaftlichen Gruppen. Alle diese untergeordneten Gruppen versuchen, sich mit unterschiedlichen, meist gegensätzlichen Interessen und Motiven den öffentlichen Raum anzueignen, wobei grundsätzlich zwischen zwei großen widerstreitenden Bewegungen zu unterscheiden ist:

Staatliche und wirtschaftliche Gruppen üben Herrschaft durch und in dem Raum aus. Sie schaffen kontrollierbaren Raum und versuchen ihn zu erhalten.

Andere gesellschaftliche Gruppen verfügen nur über sehr beschränkte Machtressourcen und lehnen sich teilweise gegen ihre »Ohnmächtigkeit« auf. Sie thematisieren und kritisieren dann

14 Ebd., S. 196-197.

15 Vgl. Matthias Jung: Geograffiti Carioca, Tübingen 2009, S. 28.

diese sozialen Widersprüche und schaffen Gegenräume und Gegenöffentlichkeit.¹⁶

Die Handlungsweise der staatlichen und wirtschaftlichen Gruppen habe ich in den bisherigen Ausführungen schon beschrieben. Die Art und Weise, wie diese »ohnmächtigen Gruppen« sich ihren Platz erkämpfen, soll nun im nächsten Kapitel erläutert werden.

16 Vgl. Matthias Jung: *Geograffiti Carioca*, 2009, S. 30.



oben: Blockade einer Zwangsäumung in der Lausitzer Str. in Kreuzberg (14.2.2013)

Bild nächste Seite: Aushandlungskämpfe über die Definition des öffentlichen Raums auf der Spree – Was für die einen ein Kletterturm in bester Lage ist, ist für die Polizei das gefährdete Privateigentum einer Versicherungsgesellschaft (Forst & Bronkow 2009)





Die Entwicklung der modernen Stadt kann, wie oben beschrieben, als ein kontinuierlicher Kampf um Zugang zum und Ausschluss vom öffentlichen Raum angesehen werden.¹ Aus dieser Situation heraus sind die Strategien der Raumaneignung und die jeweilige Wahl der Kommunikationsmittel zu verstehen, die soziale Bewegungen nutzen. Aus der Theorie der sozialen Produktion des Raums ergeben sich **drei mögliche Ebenen, um in der Produktion des öffentlichen Raums zu intervenieren:**

A: Die »räumlichen Praktiken«

Auf der physischen Ebene durch Aneignung von materiellen Räumen.

B: »Räume der Repräsentation«

Auf der symbolischen Ebene durch die Aneignung des Raums als Kommunikationsraum.

C: »Repräsentation des Raums«

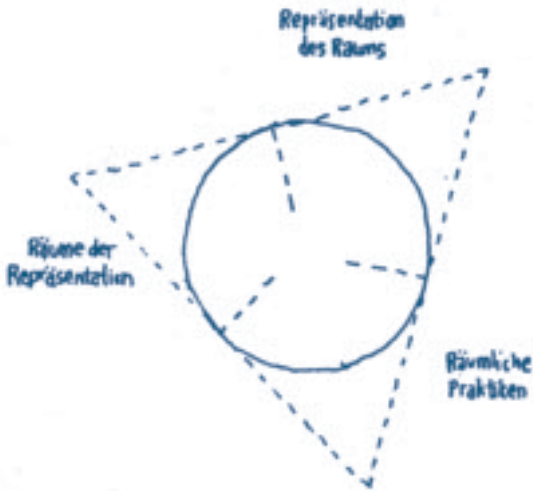
Ebenfalls auf der symbolischen Ebene durch die Aneignung der Mittel, die diese Räume repräsentieren.

Im folgenden Kapitel werde ich anhand dieser Überlegungen die Strategien der Raumaneignung von sozialen Bewegungen am Beispiel Berlins untersuchen.

1 Vgl. Sharon Zukin nach Jan Wehrheim: Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung, Opladen 2002, S. 118.

TEIL 3

STRATEGIEN DER STADTANEIGNUNG



Besetzungen sind der direkte Weg der physischen Raumeignung. Besetzungen können Räume temporär oder dauerhaft behördlicher Kontrolle und den Verwertungsinteressen der freien Marktwirtschaft entziehen und damit alternative Formen des Zusammentreffens, der produktiven Auseinandersetzung und des Zusammenlebens oft erst möglich machen.

Meist steht hinter Besetzungen die Idee, nichtprivatisierte, nichtkommerzielle soziale und kulturelle Räume zu schaffen, also zentrale Orte des gesellschaftlichen Reichtums, d.h. der Kultur, der städtischen Infrastruktur und des Wissens als sozialen Begegnungsraum, in denen die Möglichkeit des Zugangs und der Nutzung nicht an ökonomische Kriterien wie z.B. Eintrittsgeld geknüpft ist.

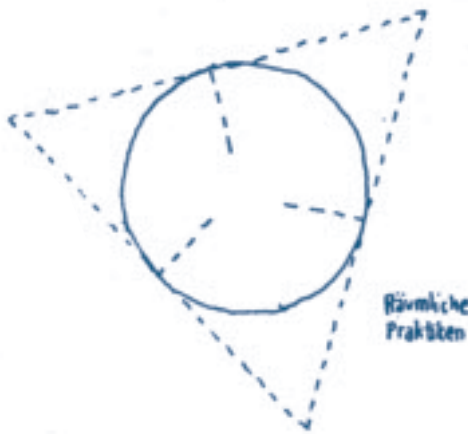
In anderen Fällen geht es bei Besetzungen darum, den Verlust von öffentlichem Raum oder Verdrängung aus der Innenstadt, z.B. durch Großbauprojekte, drohenden Abriss oder Zwangsräumungen, zu verhindern.

Gleichzeitig schafft die Präsenz im Raum eine gute Ausgangslage für die öffentlichkeitswirksame Kommunikation von Protest im öffentlichen Raum und somit auch für die Aneignung der symbolischen Ebene des Raums.

TEIL A

BESETZUNGEN

DIE PHYSISCHE RAUMANEIGNUNG









HAUS- UND PLATZBESETZUNGEN

Haus- und Platzbesetzungen entwickelten sich zu einer oft angewandten Aktionsform städtischer Protestbewegungen, als in den 1970er Jahren in vielen Großstädten meist Jugendliche gegen Großbauprojekte und Vertreibung aus der Innenstadt revoltierten.

Aus dem Protest gegen spekulativen Leerstand, Mangel an Wohnraum und hohe Mieten entstand vor allem in Italien, in den Niederlanden und Deutschland eine Hausbesetzungsbewegung, die die Entwicklung der Städte dieser Länder teils nachhaltig prägte.¹

HAUSBESETZUNGEN IN BERLIN

53

Die Häuserbewegung war für viele Jahre bestimmendes Thema in der Stadtpolitik und hat bis heute weitreichende Folgen für die Stadtentwicklung und das soziale und kulturelle Leben in Berlin.

Im folgenden Abschnitt gehe ich in erster Linie auf die Entwicklung im Westteil Berlins ein. Zu Zeiten der DDR wurden auch im Ostteil der Stadt Wohnungen besetzt, um die behördliche Wohnungsvergabe zu umgehen, allerdings im Stillen, d.h. öffentlich nicht sichtbar und selten als politischer Protest.²

Infolge der Hausbesetzungen Anfang der 1980er Jahre in Westberlin und nach dem Fall der Berliner Mauer vor allem in den Ost-Bezirken gibt es in Berlin heute noch Hunderte Räume mit Besetzungsgeschichte.

1 Vgl. Christian Schmidt: Henri Lefebvre und das Recht auf Stadt, a.a.O., S.28.

2 Vgl. Udo Grashoff: Schwarzwohnen. Die Unterwanderung der staatlichen Wohnraumlentung in der DDR, Göttingen 2011.

WOHNUNGSNOT & JUGENDZENTRUMSBEWEGUNG

Zu den ersten Wohnungs- und Hausbesetzungen in Berlin kam es in den 1970er Jahren, meist durch Arbeitslose, JungarbeiterInnen, Obdachlose und aus Heimen geflüchtete Jugendliche. Auch die Jugendzentrumsbewegung setzte ihre Forderung nach von Erwachsenen und Autoritäten unbeaufsichtigten Jugendtreffs mit den ersten Hausbesetzungen kurzerhand selbst um.

Grund genug war für die Jugendlichen ihre schlechte Lebens- und Wohnsituation: »Wir sind 50 von 500 Typen, die es im Heim und zu Hause endgültig satt haben und die deshalb nachts auf der Straße pennen müssen, die anschaffen und klauen müssen, um etwas zu fressen zu haben. Wir haben dieses Scheiß-Leben satt. Auch wir wollen wie Menschen leben, dazu brauchen wir ein Haus.«³

Gerade junge Menschen aus den damaligen ArbeiterInnen-Bezirken wie Kreuzberg hatten zu Hause oft kein eigenes Zimmer, wurden in autoritäre Heime abgeschoben oder lebten auf der Straße.

Seit dieser Zeit gibt es das selbstverwaltete Jugendzentrum Drugstore in Schöneberg, das Tommy-Weisbecker-Haus, ein selbstverwaltetes Wohnkollektiv für Jugendliche und junge Erwachsene, und das Georg-von-Rauch-Haus in Kreuzberg. Diese Räume sind die ältesten noch bestehenden Räume mit Besetzungshintergrund. Bis heute beherbergen sie Jugendliche und Erwachsene aus schwierigen sozialen Verhältnissen und bieten Raum für nichtkommerzielle Kultur-Veranstaltungen.

HAUSBESETZUNGSBEWEGUNG ALS RADIKALISIERUNG VON PROTESTEN GEGEN MIETEN UND LEERSTAND

Anfang der 1980er Jahre radikalisierten sich die Proteste gegen Wohnungsspekulation, Leerstand und hohe Mieten. In Berlin kam es zu zahlreichen Hausbesetzungen; die neu entstandene Hausbesetzungsbewegung wurde zum bestimmenden innenpolitischen Thema.

3 Erklärung der BesetzerInnen des Drugstore, Dokumentation des selbstverwalteten Jugendzentrums Drugstore, 1975, S. 7.

Unzählige Wohnhäuser standen leer und waren dem Verfall ausgesetzt, obwohl Zehntausende Wohnungssuchende keine feste Bleibe hatten. »InstandbesetzerInnen« machten auf diesen Missstand aufmerksam, zogen in die Ruinen ein und machten sie wieder bewohnbar. Hausbesetzungen hatten angesichts der Wohnungsnot eine breite öffentliche Akzeptanz und entwickelten sich zu einem beliebten Mittel des zivilen Ungehorsams. Allein in Kreuzberg wurden knapp hundert Häuser wiederbewohnt.

Für eine Intensivierung der Proteste sorgte im Dezember 1980 ein Polizeieinsatz vor einem besetzten Haus am Fraenkelufer in Kreuzberg. Der verhinderten Besetzung des Hauses folgte eine zweitägige heftige Straßenschlacht mit zahlreichen Verletzten und Verhafteten, die als Geburtsstunde der Autonomen-Bewegung gilt und eine Welle von neuen Besetzungen einleitete. Immer wieder kam es danach zu Großdemonstrationen mit teilweise mehreren zehntausend TeilnehmerInnen und militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei.⁴

Der damalige Senat sagte den HausbesetzerInnen den Kampf an, überzog sie mit massiver Repression und ließ viele der besetzten Häuser räumen. Ein heftiger Einschnitt in den stadtpolitischen Auseinandersetzungen war der Tod des Demonstranten Klaus-Jürgen Rattay im September 1981. Die Polizei trieb ihn am Rande einer Räumung in Schöneberg vor einen fahrenden Bus.

Die BesetzerInnen wollten die Eskalationsstrategie des Senats nicht unbeantwortet lassen und meldeten sich mit einem »Offenen Brief an die Bürger Berlins« zu Wort: »Als wir [die Häuser] besetzten, ging es uns um mehr als nur den Erhalt von Wohnraum. Wir wollten wieder zusammen leben und arbeiten. Wir wollten der Vereinzelung und der Zerstörung des Zusammenlebens Einhalt gebieten. Wer in dieser Stadt kennt sie nicht, die quälende Einsamkeit und Leere des Alltags, die entstanden ist mit immer weiterer Zerstörung der alten Zusammenhänge durch Sanierung und sonstige Stadterstörung? Diese hat mehr Leute aus ihren Wohnungen vertrieben als der Krieg. [...] Sie werden Euch weiter aus Euren Wohnungen vertreiben, Euch

4 Vgl. AG Grauwacke: Autonome in Bewegung, Hamburg 2003, S. 40f.



oben: Räumung der besetzten Häuser in der Danckelmannstraße 43-45 in Charlottenburg
 (Foto: Wolfgang Sünderhuf/Umbruch Bildarchiv, 27.06.1983);
 unten: Besetzen als partizipative Aneignungsstrategie – Die Rathausstr. 12 in Lichtenberg
 wurde allerdings sofort von der eintreffenden Polizei geräumt (19.10.2013)

vom Arbeitsplatz wegrationalisieren, Eure Steuergelder den Spekulanten in den Rachen werfen. Es geht um unser aller Zukunft. Ohne Bullen kein Krawall. Dass wir uns wehren müssen, wenn wir nicht untergehen wollen, das müsst Ihr doch verstehen.«⁵

Wegen der »Berliner Linie«, die schon vor der Eskalation im Herbst 1981 eingeführt und später verschärft wurde, nach der Neubesetzungen innerhalb von 24 Stunden geräumt werden sollten, waren Besetzungen vorerst nicht mehr durchsetzbar. Dennoch konnten bis 1984 über hundert Besetzungen legalisiert werden.

Durch die Besetzungen konnten Altbauten, die zum großen Teil noch heute vorhanden sind, vor dem Abriss gerettet werden und u.a. eine geplante Verlängerung der Autobahn quer durch den heutigen Szene-Kiez SO36 verhindert werden. Viele der Häuser wurden aufgrund der Besetzungen dauerhaft vor Spekulation, Mietpreiserhöhungen und Verdrängung geschützt. Die meisten noch existierenden Haus- und Kulturprojekte aus der Instandbesetzungsbewegung sind in Kreuzberg und Schöneberg – Bezirke, die heute stark von Gentrifizierung betroffen sind.

ZWEITE BESETZUNGSWELLE NACH DEM MAUERFALL

57

Nach dem Mauerfall erschlossen sich im Osten der Stadt äußerst viele leer stehende Flächen, Häuser und Fabrikhallen, von denen Anfang 1990 im machtpolitischen Vakuum der Wendezeit eine große Anzahl besetzt wurden. Der schrittweise Zusammenbruch der DDR sorgte für einen Autoritätsverlust von Polizei und Verwaltung in den Ost-Bezirken, was BesetzerInnen aus Ost- und später Westberlin zu nutzen wussten. In Prenzlauer Berg, Mitte und Friedrichshain eigneten sie sich mehr als 130 Häuser an.⁶

Als die »Berliner Linie« im Juli 1990 auch auf die Ostberliner Bezirke übertragen wurde, waren neue Besetzungen nicht mehr ohne

5 Schöneberger Besetzerrat: »Offener Brief an die Bürger Berlins« in der EA-Dokumentation »abgeräumt? 8 Häuser abgeräumt ... Klaus-Jürgen Rattay tot«, S. 7.

6 Vgl. Andrej Holm und Armin Kuhn: Häuserkampf und Stadterneuerung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2010, S. 110f.

weiteres möglich. Nun hatten dort die Westberliner Polizei und der damalige rot-grüne Senat die Entscheidungsgewalt, die entschlossen waren, der Bewegung ein Ende zu setzen.

Mit den erbittert geführten Auseinandersetzungen um die Räumung der symbolträchtigen Häuser der Mainzer Straße spitzte sich der Konflikt zu. Die 13 aneinander angrenzenden besetzten Häuser in dieser Straße in Friedrichshain gaben knapp 250 BesetzerInnen und mehreren Kneipen sowie Kulturprojekten ein Zuhause und waren damit ein Zentrum der Bewegung im Osten. Mehrere Tausend Polizisten lieferten sich vom 12. bis zum 14. November 1990 mit den BesetzerInnen und ihren UnterstützerInnen bürgerkriegsähnliche Straßenkämpfe, bis sie die Häuser einnehmen konnten.

Der einschneidende Eindruck dieser gewalttätigen Räumung führte zum Ende des rot-grünen Senats und brachte sowohl den Senat und die Bezirke als auch einen Großteil der Häuser an den Verhandlungstisch. Viele konnten letztendlich legalisiert werden.⁷

KAMPF UM SOZIOKULTURELLE FREIRÄUME

58

Einige Besetzungen der 1990er Jahre waren sehr stark subkulturell geprägt – oft ging es um herrschaftsfreie Räume, kulturelle Experimente, Selbstverwirklichung und einen Konfrontationskurs gegenüber Neo-Nazis, dem Staat und seinen Behörden.

Aus den Brachen und leer stehenden Häusern wurden Wagenburgen wie der Schwarze Kanal am Spreeufer, Hausprojekte mit Bars, Ateliers, Comic-Bibliotheken (»Renate« in Mitte), Frauenprojekte wie die Liebigstraße 34, Schwulenzentren (das »Tuntenhaus« in der Kastanienallee), Techno-Clubs (der »Eimer« am Rosenthaler Platz) oder reine Kunsthäuser ohne Wohnungen wie das »Kunstkaufhaus« Tacheles in Mitte. Es entstanden soziokulturelle »Freiräume« wie das selbstverwaltete Kultur-Zentrum Köpi in Mitte, in denen Alternativen zur bürgerlichen Gesellschaftsordnung und marktwirtschaftlich orientierter Kultur gelebt werden sollten.

⁷ Ebd., S. 112.

Die Köpi war die erste gemeinsame Besetzung von AktivistInnen aus dem Ost- und Westteil der Stadt. In ihrer Besetzungs-Erklärung schreiben sie: »Wir lassen uns unser Bewusstsein nicht von Konsumversprechen, Nationalitätseräta oder staatlicher Bevormundung vernebeln. Wir können eigenständig denken, leben und handeln. Wir wollen die Köpi 137 nicht westlichen Grundstücks-Spekulanten überlassen, sondern das Haus erhalten und darin unsere eigenen Lebensformen entwickeln und Raum bieten für Vorstellungen und Ideen, die der Macht-Männer-Politikbetrieb ›links‹ liegen lässt, für Projekte, Combos, Kapellen, Theater ... alles was undeutsch ist, war, sein wird.«⁸

Bis heute ist sie ein international bekanntes autonomes Kulturzentrum mit Konzertsaal, Siebdruck-Kollektivwerkstatt, Anarcho-Sporthalle, Gratis-Kino und anderen Veranstaltungsräumen, das sich konsequent jeglicher Kommerzialisierung verweigert.

Die Berliner Subkultur hat mit dem »Stressfaktor« sogar einen eigenen Terminkalender, der seit Ende der 1990er Jahre regelmäßig erscheint.⁹

HEUTE

Nach einer Welle von Räumungen besetzter Häuser Mitte bis Ende der 1990er Jahre sind nur noch wenige erfolgreiche Besetzungen durchgeführt worden, da die Polizei die Objekte in der Regel nach wenigen Stunden räumte. Eine der wenigen Ausnahmen ist das New Yorck im Seitenflügel des Bethaniens in Kreuzberg, eine Aktion, der eine breit angelegte Öffentlichkeitskampagne vorausging.

Erst seit 2012 scheint sich diese Situation zeitgleich mit dem Erstarken der verschiedenen urbanen Protestbewegungen wieder zu verändern. So besetzten RentnerInnen ihren Treffpunkt im Wedding, um dessen Fortbestand zu sichern, oder besetzten AnwohnerInnen eine Fläche am Kottbusser Tor und errichteten dort eine Hütte als Protest- und Versammlungsort gegen steigende Mieten und

⁸ Besetzungs-Erklärung der Köpi, Interim Nr. 93, 8.3.1990.

⁹ Vgl. <http://stressfaktor.squat.net>.

Verdrängung. Flüchtlinge schlugen auf einem Teil des Oranienplatzes ein Protestcamp auf, um gegen ihre schlechten Lebensbedingungen als gesellschaftlich Marginalisierte zu kämpfen und besetzten im Dezember 2012 eine ehemalige Hauptschule in Kreuzberg. Das Gebäude war bis zu der Räumung im Sommer 2014 Anlaufpunkt und Unterkunft für zeitweise mehrere Hundert Geflüchtete und illegalisierte MigrantInnen. Auf der Kreuzberger Cuvry-Brache, einem der letzten unbebauten Grundstücke am Spreeufer, entstand ein selbstverwalteter Raum mit Nachbarschaftsgarten, Zeltplatz und Open-Air-Galerie für Graffiti.

HAUSBESETZUNGEN FÜR EIN RECHT AUF STADT

Mit den Besetzungsaktionen seit Anfang der 1970er Jahre sind Hunderte kulturelle und soziale Räume erstritten worden, die langfristig gegenüber kapitalistischen Verwertungsinteressen geschützt sind. Viele der Haus- und Kulturprojekte im Stadtzentrum, die aus Besetzungen hervorgegangen sind, sind durch Eigentumsverträge, die sie in einer Position der Stärke aushandeln konnten, dem Immobilienmarkt und der Spekulation entzogen. Ihre Existenz als soziale Räume im Zentrum der Stadt ist, im Gegensatz zu all den anderen Immobilien und Flächen in Privatbesitz, zumindest vorläufig gesichert. Allerdings stellen auslaufende Nutzungsverträge und Eigentümerwechsel Hausprojekte immer wieder vor neue Konflikte.

In den aktuellen Debatten über das Problem der Gentrifizierung wird oft der Eindruck erweckt, dass es eine ungeschriebene Gesetzmäßigkeit der Stadtentwicklung nach den Regeln der freien Marktwirtschaft gebe, gegen die sich nur schwer gegensteuern ließe. Die Geschichte der Hausbesetzungen in Berlin ist ein Beispiel dafür, dass es Handlungsmöglichkeiten gab und gibt.

Besetzungen sind Aktionsmittel einer vielfältigen Bewegung und gehen daher oft einher mit anderen Formen der Aneignung des städtischen Raumes. Auch die Art und Weise, wie die Hausbesetzungsbewegung intern und nach außen kommuniziert, ist Teil dieser Auseinandersetzungen: Sie nutzt den öffentlichen Raum.

Bezogen auf die Theorie der Produktion von Stadtraum hat die Hausbesetzungsbewegung durch ihre flächendeckende Ausbreitung in der Stadt auf der Ebene der »räumlichen Praktiken« Raum physisch angeeignet, aber auch in die »Räume der Repräsentation« hineingewirkt, indem sie den öffentlichen Raum als Kommunikationsraum für politischen Protest nutzte. Darauf wird in den weiteren Kapiteln dieses Buches genauer eingegangen. Die Hausbesetzungsbewegung hat den Berliner Stadtraum auf beiden Ebenen nachhaltig geprägt.



GUERRILLA GARDENING

STÄDTISCHES GÄRTNERN

Eine weitere Form der Platzbesetzung ist das Anlegen von Gärten in der Innenstadt. Beim sogenannten »Guerilla Gardening« erfolgt das selbstermächtigte Aussäen von Pflanzen und Anlegen von Gärten in Großstädten als Form des politischen Protests und der Aneignung des öffentlichen Raums.

Dabei geht es neben der Verschönerung trister Innenstädte, dem konkreten Nutzen von Pflanzen, z.B. durch Ernte, und dem Kampf gegen Illegalisierung von Pflanzen auch um den Zugang zu öffentlichem Raum und um Kapitalismuskritik. Die Aktionen sollen dabei helfen, ein Bewusstsein für eine moralisch gestützte Form der Ökonomie zu schaffen, natürliche Ressourcen zurückzuerobern und kollektive Nachbarschaftsprojekte aufzubauen.¹

Vorläufer des Guerilla Gardening war Anfang der 1970er Jahre die »Green Guerilla«-Bewegung in New York, die ohne Genehmigung Brachflächen in blühende Biosphären verwandelte. Erstmals kamen dabei auch sogenannte »Seed Bombs« zum Einsatz – mit Samen gefüllte Wurfgeschosse, die auf meist umzäunte Brachflächen geworfen wurden.² Viele der damals angelegten Gärten gibt es noch heute und die »Green Guerillas« sind inzwischen eine anerkannte NGO.

In Europa verbreitete sich die Aktionsform knapp 30 Jahre später, nachdem globalisierungskritische Aktivisten am 1. Mai 2000 in London medienwirksam vor dem House of Parliament eine Verkehrsinsel bepflanzen und der Statue von Winston Churchill einen Irokesenschnitt aus Rasen verpassten.³

In Berlin existieren aktuell einige Gärten, die aus Besetzungen hervorgegangen sind, z. B. der Nachbarschaftsgarten Ton-Steine-Gärten

1 Vgl. Marc Amann: go.stop.act, Frankfurt a.M. 2005, S.157f.

2 Vgl. Julia Jahnke: Guerilla Gardening anhand von Beispielen in New York, London und Berlin, Berlin 2007, S. 37f.

3 Vol. Der Soieael. »Blumenkrieger im Großstadtdschungel«, 1.9.2011.

hinter dem Bethanien am Mariannenplatz oder der Garten auf der Cuvry-Brache, beide im Bezirk Kreuzberg. Der bekannteste Vertreter des selbstermächtigten Gärtnerns war jedoch der inzwischen geräumte Gemeinschaftsgarten Rosa Rose in Friedrichshain.

AnwohnerInnen ergriffen dort im Frühling 2004 die Initiative, drei aneinander angrenzende brachliegende Grundstücke zu beleben. »2000 m² zugemüllte Fläche, in einem an Grünflächen sehr armen Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Ein großes Schild, einige Plakate und die Aussicht auf selbst gebackene Kuchen haben dazu geführt, dass sich Menschen aus der Nachbarschaft getroffen haben, um aus der Brache einen Garten zu machen.«⁴

Für die AktivistInnen der Rosa Rose spielt die politische Dimension des Gärtnerns eine wesentliche Rolle: »Gärtnern in der Stadt bedeutet Flächen zu aktivieren und produktiv zu machen. Oft sind die Leute, denen diese Flächen gehören, nicht dieselben, die die Stadt bewohnen und beleben. Daraus ist eine breite Debatte um das Recht auf Stadt hervorgegangen, die durch die Praxis des urbanen Gärtnerns belebt wird. Das Gärtnern führt zu Lebensformen, die sich nicht kooperativ in die üblichen Verfahrensweisen von Liegenschaftsinhaber_innen (Kauf, entgeltlich-vertragliche Nutzung oder Räumung) eingliedern lassen: Es geht um die Nutzung von Flächen.«⁵

Mit steigender Aufwertung der Wohngegend kauften Investoren die Grundstücke und ließen die Gemeinschaftsfläche räumen. Inzwischen befindet sich vor der nun abgesperrten Fläche ein offizielles Denkmal für den nachbarschaftlichen Freiraum.

Seit einigen Jahren hat sich das Gärtnern auch in legaler Form als Urban Gardening in vielen Metropolen der westlichen Welt ausgebreitet und ist dort in Form von Gemeinschaftsgärten, interkulturellen Gärten, Kinderbauernhöfen, Selbsterntegärten, Generationengärten und in vielen anderen Gestalten anzutreffen. Obwohl diese Projekte große Unterschiede aufweisen, besteht ihre grundsätzliche Gemeinsamkeit darin, dass »der städtische Gemüsegarten als Transmitter, Medium und Plattform für so unterschiedliche Themen wie

4 Vgl. <http://www.rosarose-garten.net/de/historiographie>.

5 Susanne, Aktivistin der Rosa Rose, <http://www.rosarose-garten.net/de/motivation>.

Stadtökologie, Nachbarschaftsgestaltung, lokaler Wissenstransfer oder interkulturelle Verständigung« dient.⁶

Auch in Berlin gibt es mittlerweile Hunderte solcher Nachbarschaftsgärten. Bekannte legale Flächen sind das Allmende-Kontor auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof und die Prinzessinnengärten am Moritzplatz. Das Allmende-Kontor fungiert dabei über den Garten hinaus als »Netzwerk, das sich für die Vernetzung und Unterstützung von Berliner Gemeinschaftsgärten und Projekten der urbanen Landwirtschaft engagiert«.⁷



6 Christa Müller: Urban Gardening: Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt, München 2011, S. 32.

7 Vgl. <http://www.allmende-kontor.de/>.



oben: Wem gehört die Stadt? – Zwangsgeräume und UnterstützerInnen vor ihrem ehemaligen Wohnsitz in der Lausitzer Str. in Kreuzberg (2013);
 unten: Gegen Abwertung – Baumbesetzung in Neukölln als Baublockade gegen den Ausbau der Autobahn A100 (März 2013)

TEMPORÄRE BESETZUNGEN

Nicht immer geht es bei Besetzungen darum, dass eine Gruppe dauerhaft einen bestimmten Raum nutzen will. In einigen Fällen besteht die Motivation darin, den Verlust öffentlichen Raums oder drohende Ausschlüsse aus dem Stadtraum zu verhindern, diesen für Protestkommunikation zu nutzen oder einen temporären urbanen Ort des Austauschs und des Aufeinandertreffens zu schaffen. Diese Besetzungen werden in der Regel dann aufgelöst, wenn ihr Ziel erreicht ist oder sie geräumt werden.

Im folgenden Abschnitt zeige ich Blockaden und Temporäre Autonome Zonen als Beispiele für temporäre Besetzungen.

67

BLOCKADEN

Blockaden sind ein Mittel des zivilen Ungehorsams, um eine Raumeinnahme durch die politische Gegenseite zu verhindern. Sie können damit als eine Form der Besetzung von Raum betrachtet werden.

Blockaden können als Sitzstreiks, Menschenketten oder Barrikaden stattfinden, die einen Raum konkret besetzen oder den Zugang zu einem Raum zumindest verhindern. Als Mittel der Blockade kann auch die Einschränkung von Handlungsmöglichkeiten der gegnerischen Seite dienen, z.B. durch Sabotage an Fahrzeugen oder Werkzeugen.

BLOCKADEN VON ZWANGSRÄUMUNGEN

In den letzten Jahren machten immer öfter AktivistInnen anstehende Zwangsäumungstermine von Wohnungen bekannt, um öffentlichen Druck auf die VermieterInnen aufzubauen, zu Blockaden möglicher Räumungen aufzurufen und diese zu verhindern.

In Spanien haben sich z.B. seit dem Jahr 2007 infolge der Wirtschaftskrise die Aktionen gegen Zwangsäumungen zu einer Massenbewegung entwickelt. Neben Hunderten Blockaden wurde dort auch ein erfolgreiches Volksbegehren gegen Zwangsäumungen durchgeführt, das allerdings von der Regierung weitgehend ignoriert wird.¹

Da aktuell auch in Berlin bezahlbarer Wohnraum immer knapper wird, steigt mit der stetigen Erhöhung der Mietkosten die Zahl von Räumungsklagen gegen Mieter, die mit ihren Mietzahlungen in Rückstand geraten sind. In vielen Fällen übersteigen die Mietkosten die Wohnkosten, die die Jobcenter übernehmen. Allein für das Jahr 2011 wurden von Initiativen bis zu 11000 Räumungsklagen in Berlin geschätzt. Während Gerichtsvollzieher von einigen hundert Zwangsäumungen pro Jahr sprechen, gehen andere Stellen von 1000 bis 1500 aus. Auch die Zahl der Wohnungslosen, die in Notunterkünften wohnen müssen, ist deutlich gestiegen.²

Im Oktober 2012 gelang es Demonstranten, die geplante Räumung einer Wohnung in der Lausitzer Straße in Berlin-Kreuzberg mit einer Blockade vorerst zu verhindern. Die Familie Gülbol, die dort seit vielen Jahren lebte, befand sich mit ihrem Vermieter in einem langen Streit um Mieterhöhungen. Vorherige mündliche Absprachen, dass die Miete nicht steigen würde, bis die Familie die Wohnung kaufen kann, waren nicht rechtsverbindlich festgehalten worden. Die vom Gericht geforderte Nachzahlung zahlten die Gülbols, konnten die festgesetzte Frist aber nicht einhalten und wurden gekündigt. Der Fall sorgte für breite Solidarität von Stadtteilinitiativen, AnwohnerInnen und Geschäften im Kiez, die gemeinsam dazu aufriefen, die Zwangsäumung zu blockieren.

1 Vgl. taz, »Es wird weiter geräumt«, 19.4.2013.

2 Vgl. Berliner Morgenpost, »Experten befürchten deutlich mehr Zwangsäumungen in Berlin«, 28.4.2013.

»Für uns hat das Recht auf Wohnen Vorrang vor dem Recht auf maximale Verwertung von Eigentum, denn für die betroffenen Menschen ist eine Zwangsräumung eine existentielle Bedrohung. Der Verlust der Wohnung bedeutet den Entzug ihres persönlichen Schutz- und Rückzugsortes, ihres vertrauten Umfelds – einen Verlust von Identität. [...] Keine Zwangsräumung soll mehr still und leise durchgeführt werden können!«³

Bei einem zweiten Versuch im Februar 2013 konnte die Polizei nur mithilfe eines großen Aufgebots von 800 Beamten zu der Wohnung vordringen. Die Blockade war einer der bisherigen Höhepunkte der Kampagne »Zwangsräumungen stoppen« und brachte das Thema ins gesellschaftliche Bewusstsein.

BLOCKADEN VON BAUVORHABEN

Blockaden werden oft eingesetzt, wenn öffentlich zugängliche urbane Räume staatlichen oder privaten Bauvorhaben weichen sollen.

Um Baumaßnahmen für die geplante Verlängerung der Autobahn A 100 durch die Berliner Innenstadt zu verhindern, besetzte das »Aktionsbündnis A 100 stoppen« im März 2013 Bäume, die für den Bau gefällt werden sollten. Über einige Baumkronen hinweg errichteten sie ein Baumhaus mit Übernachtungsmöglichkeit und auf dem darunter liegenden Grundstück gab es einen Informationsstand.

Neben den enormen Kosten für das Bauvorhaben – mit veranschlagten 500 Millionen Euro für 3,2 Kilometer ist es das teuerste in der Geschichte des deutschen Autobahnbaus⁴ – und Umweltschäden durch das erwartete Verkehrsaufkommen kritisieren die AktivistInnen die Vernichtung von öffentlichem Raum und die Ausgrenzung von FußgängerInnen und RadfahrerInnen.

»Berlin braucht aber kein weiteres wahnwitziges Großprojekt das nur der Auto- und Baulobby zu Gute kommt. Wir brauchen gut

3 Flugblatt des Bündnis »Zwangsräumungen verhindern«, 2013.

4 Vgl. Tagesspiegel, »Bund will 80 Millionen Euro in Ausbau der A 100 investieren«, 8.5.2013.

ausgebaute und funktionierende U- und S-Bahnen.«⁵ Sie befürchten in dem Fall einer Umsetzung einen Verlust an Lebensqualität in den zukünftig an der Stadtautobahn gelegenen Quartieren.⁶

Dem geplanten Autobahnausbau fielen bereits großflächig Grünanlagen und Kleingartenkolonien zum Opfer und auch Wohnhäuser sind vom Abriss bedroht. Nach mehr als einem Jahr Besetzung räumte die Polizei am 4.2.2014 die Protestpappel und ließ sie noch am selben Tag fällen.

5 Flugblatt der Initiative »A100 stoppen«, Februar 2014.

6 Flugblatt des Aktionsbündnis A100 stoppen: »Aufruf zur A100 an die Delegierten des Berliner SPD-Landesparteitages am 27.10.2012«.









74



oben: Kultur ohne ökonomischen Ausschluss – Open-Air-Party und Konzert auf der besetzten Cuvry-Brache in Kreuzberg (23.7.2012);

unten: Flyer zu einer Räuber-Party in Rummelsburg (2012)

TEMPORÄRE AUTONOME ZONEN

FREE PARTYS

Free Partys sind selbstautorisierte, frei zugängliche und damit behördlich nicht kontrollierbare Partys und Kulturveranstaltungen. Um sie durchzuführen, werden private Räume wie leer stehende Häuser und Fabrikhallen, halböffentliche Räume wie z.B. die Vorräume von Banken oder Orte im öffentlichen Raum wie z.B. Parks, Brückenunterführungen, Brachen oder Plätze vorübergehend angeeignet und als Veranstaltungsort genutzt.

Durch das Mittel der Besetzung werden bürokratische oder ökonomische Hürden umgangen. So stehen behördliche Genehmigungen, gesetzliche Auflagen und Raummieten in der Regel der Möglichkeit im Weg, einen temporären Freiraum des Zusammentreffens zu schaffen, der sich ökonomischen Zwängen, staatlicher Kontrolle und herrschenden gesellschaftlichen Konventionen entzieht, wie der amerikanische Philosoph Hakim Bey in seinem Konzept der »Temporären Autonomen Zone«¹ schreibt, das viel Anklang in der aufkommenden Technokultur der 1990er Jahre fand.

Techno-Kollektive wie Spiral Tribe, die ihre Wurzeln in der Londoner Hausbesetzerszene haben, sehen in freien Partys ein Experimentierfeld für neue Möglichkeiten gesellschaftlichen und kulturellen Zusammenlebens: »Ein Free Rave ist eine Verweigerung gegenüber den gesellschaftlichen Normen und gegenüber der kapitalistischen Vorgabe, dass alles am Profit ausgerichtet sein muss, dass du für alles, was du bekommst, etwas zahlen musst. Im Grunde können sich alle an den Partys beteiligen. Wir versuchen

1 Siehe Hakim Bey: T.A.Z. – Die Temporäre Autonome Zone, Berlin 1994.

einen Punkt zu erreichen, an dem die Leute auf den Partys die Musik für die Partys machen und die Partys selbst organisieren. Nicht nur kommen, um zu feiern, sondern sich als einen Teil der Partys verstehen, selbst Verantwortung übernehmen, Sachen in Bewegung setzen. Jede und jeder auf seine Weise.«²

In Berlin läutete die Situation nach dem Mauerfall – viele leer stehende Räume und Flächen, das politische Machtvakuum und ungeklärte Besitzverhältnisse – nicht nur die zweite Welle von Hausbesetzungen ein. Zeitgleich legten illegale Partys in Fabrikhallen den Grundstein für die heutige Club- und Partykultur Berlins. Allerdings löste sich ein großer Teil der Techno-Kultur von anfänglichen Idealen und kommerzialisierte sich.

Auch das Berliner/Bremer Kollektiv »Die Räuber« öffnet regelmäßig mit aufwändig inszenierten Besetzungsaktionen temporäre Räume, in denen Party, Politik und Kunst aufeinandertreffen. Zu den Veranstaltungen lädt das Kollektiv mit handverteilten Flyern im Stil eines Erpresserbriefts (»Wir haben Deine Party «) zu einem Treffpunkt ein, an dem die Gäste den eigentlichen Ort der Party erfahren.

So bespielten die »Räuber« im Winter 2013 ein leer stehendes ehemaliges Möbelhaus im Bezirk Neukölln. Um eine vorzeitige Entdeckung durch die Polizei zu vermeiden, wurden die Gäste erst an einem nahegelegenen S-Bahnhof empfangen und über Umwege durch Industrieanlagen und über Gleisanlagen zum eigentlichen Veranstaltungsort geschickt. In einer eigens umgestalteten Halle im obersten Stockwerk des Gebäudes war weit über den Köpfen der tanzenden Menge meterhoch »Tanz den Untergang mit mir« zu lesen, geschrieben mit einem mit Farbe gefüllten Feuerlöscher. Kleine Zettel wurden herumgereicht, auf denen das Kollektiv auf den Charakter der Party hinwies: »Kein Eintritt – Keine Polizei«.

»Der Plan war, damit zu vermitteln, dass wir etwas haben, was eigentlich dir gehört. [...] Der Anspruch, Räume für alle zu öffnen; das geht nur ohne Eintritt. Denn das, was eigentlich dir gehört und was wir dir anbieten für eine Zeit wiederzubekommen, das ist die

2 Spiral Tribe: Freie Parties, freie Menschen, 1995, veröffentlicht in Wolfgang Sterneck (Hg.): Cybertribe-Visionen, Hanau 1998.

freie Party. Die Party, die du sonst nicht findest, die nirgends beworben wird und auf der niemand wirbt. Die Party, bei der du nicht an der Tür abgewiesen wirst, es gibt nämlich keine Türkontrolle. Deine 20 € in der Tasche reichen bis zum Morgen und werden nicht gleich durch den Eintritt halbiert.«³

OPEN AIR PARTYS

Etwa seit der Jahrtausendwende erobern Soundsystems vor allem Parks, Brachen und andere öffentliche Räume. Die selbstgewählten Partyorte werden mehr oder weniger kryptisch in geschlossenen Internetforen bekannt gegeben, zunehmend auch relativ offen in sozialen Netzwerken. Im Gegensatz zu den Fabrikhallen-Raves wird oft an zentralen Orten in der Innenstadt getanzt.⁴

Auf einer Brachfläche zwischen der Spree und dem Wagenplatz Schwarzer Kanal im Zentrum Berlins trafen sich an manchen Wochenenden mehrere tausend Menschen zum Raven. 2010 wurde der Wagenplatz geräumt, beide Freiflächen fielen damit – wie viele andere Grundstücke entlang des Spreeufers – der Privatisierung zum Opfer. Während immer mehr Brachen und Freiflächen in der Innenstadt verschwinden, weichen die VeranstalterInnen von Open Airs mehr und mehr in öffentliche Parks wie die Neuköllner Hasenheide aus.

77

RECLAIM THE STREETS

»Reclaim the Streets« (RTS) ist eine Form des politischen Protests, bei der Verkehrsstraßen für bewusst illegale, partizipative Straßenfeste blockiert und besetzt werden.

3 Vgl. <http://reclaimyourcity.net/content/wir-haben-deine-party-das-r%C3%A4uber-kollektiv>.

4 Vgl. Zeit Online, »Peng, peng, Hände hoch und wir tanzen«, 5.7.2007.

RTS entwickelte sich Anfang der 1990er Jahre als direkte Aktionsform der Anti-Straßenbau-Bewegung in Großbritannien, um gegen Autoverkehr und die Zerstörung von Wohnhäusern für den Straßenbau zu protestieren. Nach einer Straßenparty als Reaktion auf die massive Kriminalisierung von Free Partys und Hausbesetzungen verbreitete sich das Konzept der »Temporären Autonomen Zone« auf Verkehrsstraßen u.a. durch die globalisierungskritische Bewegung auf der ganzen Welt.

Seit 1998 finden RTS-Aktionen auch in Berlin statt. Anlässe waren z.B. Preiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr sowie die Überwachung und die Privatisierung des öffentlichen Raums.⁵ Auf einer Kreuzung am Spittelmarkt in Mitte fand im Sommer 2000 eine große erfolgreiche RTS-Party unter dem Motto »Nulltarif – für mehr Bewegung im Alltag« statt. Ein zum Soundsystem umfunktionierter Pritschenwagen stellte sich zunächst quer auf die Fahrbahn. Die anrückende Polizei wurde von 500 Tanzenden daran gehindert, die Party zu beenden.

5 Vgl. Marc Amann: *go.stop.act!*, Frankfurt a.M. 2005, S.38f.



Kommunikation kann im öffentlichen Raum als Mittel dienen, sich (symbolisch) Raum anzueignen, indem sie Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung eines Raums und damit auf die ihm zugeschriebene Bedeutung nimmt. Voraussetzung ist dafür aber, zunächst überhaupt die Möglichkeit der Kommunikation zu schaffen, was die (Rück-)Aneignung des öffentlichen Raums als gleichberechtigten Kommunikationsraum beinhaltet.

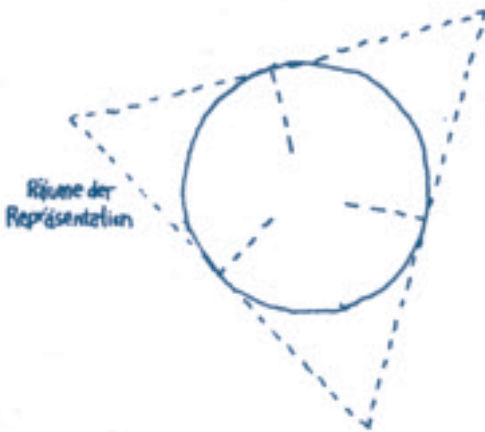
Protestkommunikation kann die Präsenz widerständiger Akteure und ihres Protests im Raum sichtbar machen und diese als kollektive Erfahrung mit dem Raum verknüpfen. Sie kann einen Raum symbolisch »besetzen« und anderen diesen symbolischen Raum streitig machen. Protestkommunikation schafft »Räume der Repräsentation«.

Unabhängig von ihren konkreten Forderungen geht es dabei um das Erzeugen von Aufmerksamkeit, um das Zeigen der eigenen Präsenz im Raum und deren Umfang im Sinne einer (Gegen-)Machtdemonstration, um die Zurschaustellung von sozialen Netzwerken (mit ihrer Vielfalt der unterschiedlichen Gruppen und Personen) sowie um das Aufzeigen des Bezugs der Akteure zu einem Ort und deren Handlungsspielraum im öffentlichen Raum.

TEIL B

PROTEST- KOMMUNIKATION

ANEIGNUNG DER
SYMBOLISCHEN BEDEUTUNG DES RAUMS



Bis jetzt ist die
Kritik an der Ware
Wohnraum armselig
und auf den Tauschwert
begrenzt.

Diese Stadt ist langweilig.

den

den PALASTEN

INSZENIERTE PHYSISCHE PRÄSENZ

DEMONSTRATIONEN

Eine Form der Versammlung von Personen zur Inszenierung und Kommunikation von Protest im öffentlichen Raum sind Demonstrationen.

Dieser Kommunikationskanal ist in Abhängigkeit davon, ob die Demonstration offiziell angemeldet wird, bestimmten behördlich festgelegten Normen und Regeln unterworfen, die durch das Versammlungsgesetz und individuelle Auflagen definiert werden, die von der anwesenden Polizei kontrolliert werden und deren Missachtung gegebenenfalls sanktioniert wird. Ob, wie und wo demonstriert wird, ist oft Ergebnis von vorher ausgetragenen gesellschaftlichen Debatten und Kämpfen.

Demonstrationen sind somit grundsätzlich, wie auch andere Kommunikationsformen, Ausdruck von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen im Raum. Unabhängig von ihrer Außenwirkung signalisieren sie den Teilnehmenden gemeinsamen Zusammenhalt und Stärke.

Je nach dem Charakter der Demonstration kommt eine große Anzahl von Kommunikationsmittel zum Einsatz, wie zum Beispiel:

- Die Person: repräsentiert sich im Raum
- Die Menschenmenge: dient als (Gegen-)Machtdemonstration
- Die Route: zeigt den Bezug des Protestes zum Ort
- Das Transparent: äußert kollektive Forderungen
- Das Schild: gibt individuelle Positionen wieder
- Die Fahne: stellt kollektive Identität zur Schau
- Lärminstrumente: erzeugen Aufmerksamkeit

- Die »Farbigkeit«/Heterogenität der Versammelten und der Gesamtinszenierung: zeigt soziale Netzwerke
- Militante, d.h. bewusst gesetzesübertretende Handlungen: bekräftigen die Entschlossenheit der Forderungen
- Handgemachtes: demonstriert den partizipativen Charakter.

... GEGEN VERTREIBUNG AUS DER INNENSTADT

Kiez-Initiativen und Mietenprotest

Den sichtbaren Auftakt einer Vielzahl von Initiativen gegen steigende Mieten in Berlin bildete eine Demonstration des Bündnisses Mietenstopp im Jahr 2008.

Kennzeichnend für diese und die zahlreichen folgenden Demonstrationen ist, dass sie von einem Bündnis von Gruppen und Einzelpersonen getragen werden, das weit über die klassische Protestszene hinausgeht. Dementsprechend hat sich auch das Erscheinungsbild der Proteste verändert.

So ist die Gesamtinszenierung sehr heterogen und »bunt«. Bemerkenswert ist die Partizipation, die Eigeninitiative, die Vielfalt und die Quantität von Kommunikationsmitteln, mit denen sich die TeilnehmerInnen an den Demos beteiligen.

In den Kommunikationsmitteln spiegelt sich das Thema selbst wider. Es geht um die Repräsentanz einer Vielzahl von individuellen Einzelfällen, die aber alle mit dem gleichen Problem, den steigenden Mieten, zu kämpfen haben.

Unter dem Motto »Jetzt reicht's! Gegen Mieterhöhung, Verdrängung und Armut« zogen im September 2011 6.000 Menschen vom Neuköllner Hermannplatz zum Oranienplatz in Kreuzberg. Aufgerufen hatte ein Bündnis von Stadtteilinitiativen aus ganz Berlin. Auf vielen Schildern waren Konflikte in den unterschiedlichen Bezirken mit Slogans wie »Wir sind nicht eure Altersvorsorge« oder »Freiräume statt Investorenräume« benannt. Die Demonstration führte an Orten und Plätzen vorbei, die von Umstrukturierung und Verdrängung betroffen sind. So etwa an einem Wohnhaus in der

Fuldastraße/Weichselstraße in Neukölln, dessen BewohnerInnen sich gegen die Luxusmodernisierung ihres Hauses wehren. Das vielkritisierete Carloft, ein Luxuswohnhaus in Kreuzberg, schirmte die Polizei mit Hunden von den Demonstranten ab.

Gegen Ende des Aufzuges mischte sich die MieterInnen-Initiative »Kotti & Co« in die Menge, die sich am Kottbusser Tor gegen steigende Mieten zur Wehr setzt. Diese wohl größte MieterInnen-Demonstration in Berlin seit Beginn der 1990er Jahre machte das Erstarken der Proteste einer breiten Öffentlichkeit sichtbar.

»Wir wollen den Widerstand der Mieterinnen und Mieter gegen Verdrängung und Mieterhöhungen stärken. Alle Menschen sollen wohnen können, wo sie wollen. Bezahlbare Wohnungen für alle und überall! Wohnen ist ein Menschenrecht und keine Ware. Wir zahlen unsere Miete nicht für Rendite.«¹



1 Aufruf des Bündnisses Mietenstopp zur Demo am 3.9.2011.



86











oben: Symbolische Aneignung von Raum: Die Hochhäuser am
Kottbusser Tor zeigen sich als widerständiger Ort;
unten: Soziale Vernetzung – Das Geckondu als Treffpunkt für
nachbarschaftliche Organisation

BESETZUNG ALS KOMMUNIKATIONS- STRATEGIE

Bei einigen Formen von Besetzungen, wie auch der oben besprochenen Blockade, ist nicht die konkrete Einnahme eines Raums an sich das Ziel. Ähnlich einer dauerhaft stattfindenden Demonstration dienen sie in erster Linie der Kommunikation von Protest und der Repräsentation von gesellschaftlich Ausgeschlossenen oder Verdrängten.

Diese Protestform wurde von verschiedenen Protestbewegungen in vielen Ländern der Welt aufgegriffen. Protestcamps spielten sowohl im Laufe der Wirtschaftskrise (seit dem Jahr 2007) für die kapitalismuskritische Occupy-Bewegung, für die Bewegung für »echte Demokratie« in Spanien als auch in den zeitgleichen regierungskritischen Revolten in verschiedenen arabischen Ländern, z.B. auf dem Tahrir-Platz in Kairo, eine zentrale Rolle.

91

... ZUR SOZIALEN VERNETZUNG

Das »Kotti & Co«-Camp in Berlin-Kreuzberg

In der Protesthütte der Initiative Kotti & Co am Kottbusser Tor treffen sich regelmäßig MieterInnen der umliegenden Hochhäuser, um sich gegen Mieterhöhungen und die Vertreibung aus ihrem Kiez zu organisieren. Sie ist aus Holzpaletten nach dem Vorbild eines türkischen Gecekondu, eines über Nacht hochgezogenen Hauses, gezimmert.

NachbarInnen und AnwohnerInnen besetzten Anfang 2012 den Platz und errichteten dort das Protestcamp. Sie fordern seitdem

die Senkung von Mietkosten, Mietobergrenzen, Kommunalisierung des Sozialen Wohnungsbaus und den Stopp von Zwangsumzügen. Bleiben wollen sie so lange, bis ihre Forderungen erfüllt sind.

In den Hochhäusern rund um das Kottbusser Tor wohnen viele Familien mit Migrationshintergrund – teilweise seit mehreren Generationen. Die Häuser gehören den privaten Gesellschaften GSW und Hermes, die seit über 30 Jahren staatliche Subventionen bekommen, um bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Da sich die Stadt aus dem System der Subventionen allmählich zurückzieht, erhöhen die Besitzer die Miete bei jeder sich bietenden rechtlichen Möglichkeit. Viele der Mieter zahlen für die Miete bis zu 50 Prozent ihres meist niedrigen Einkommens, was eine zunehmende Verdrängung sozial Schwacher zur Folge hat.

Die Initiative bedient sich des Mittels der physischen Aneignung des Raums und schafft mit dem besetzten Platz und dem Gecekondu einen Raum der Kommunikation, in dem AnwohnerInnen zusammentreffen, sich austauschen und vernetzen. Die physische Aneignung dient hier zusätzlich dem Zweck der symbolischen Raumaueignung. Sie zeigt der Öffentlichkeit den Kiez als einen Ort der gut organisierten widerständischen Nachbarschaft.

Die Verortung des Protests ist deshalb wesentlicher Bestandteil der Kommunikationsstrategie. Das äußert sich zum einen im Namen »Kotti & Co«, zum anderen durch die dauerhafte Präsenz am Kottbusser Tor. Die Hütte ist gut sichtbar gelegen und von außen einsehbar. Die Forderungen können auf Stoffbannern, Holzaufstellern und Plakaten rund um die Hütte gelesen werden und im umliegenden Kiez ist eine Vielzahl von Plakaten und Aufklebern präsent, die mehrsprachig und meist rein typografisch gestaltet sind. Regelmäßig veranstaltet die Initiative Lärmdemos durch die angrenzende Nachbarschaft.

»Unsere Existenz ist durch die steigenden Mieten so bedroht, dass wir keine Alternative sehen als stärker auf unsere Lage aufmerksam zu machen. Deshalb machen wir diese Aktion. Es ist ein friedliches und offenes Camp. Wobei wir gar nicht wissen, ob Camp der richtige Name ist. Eigentlich ist es einfach unser Vorgarten. Ein Teil unseres Zuhauses. Wir gehen einen Schritt vor die Tür. Wir gehen an die

Öffentlichkeit. Wir werden uns auf keine konfrontative Situation einlassen. Wir werden aber auch bleiben. Wir wohnen hier. Wir sind sowieso hier. Genau darum geht es bei diesem Protest ja auch.«¹

... ALS DEMONSTRATION VON GEGENMACHT

Refugee Strike – Für Teilhabe an Grundsätzlichem

Das Refugee-Protestcamp am Oranienplatz in Kreuzberg entstand als Sprachrohr für Geflüchtete, die sich für Bewegungsfreiheit und Anerkennung ihrer elementaren Grundbedürfnisse einsetzen. Dort wurde es im Oktober 2012 nach einem 600 Kilometer langen Protestmarsch der Refugees von Würzburg nach Berlin errichtet, die damit eine in Deutschland beispiellose Welle von Protesten Geflüchteter und illegalisierter MigrantInnen einleiteten.



1 Kotti & Co: Pressemitteilung zur Besetzung des südlichen Kottbusser Tor mit einem Protestcamp, Mai 2012.

Geflüchtete und illegalisierte MigrantInnen sind im Alltagsleben in der Stadt so gut wie unsichtbar. In Lager am Stadtrand oder in Dörfern verdrängt, ist ihre Bewegungsfreiheit in vielen Bundesländern durch die Residenzpflicht eingeschränkt, die ihnen verbietet, den jeweiligen Landkreis zu verlassen. Außerdem dürfen sie in der Regel nicht arbeiten.

Illegalisierte Migranten dürfen sich zudem nicht als solche in der Öffentlichkeit zu erkennen geben, um eine mögliche Abschiebung zu vermeiden. Sie sind permanent vom öffentlichen Leben, dem Zugang zu städtischer Infrastruktur, gesellschaftlichem Reichtum und dem öffentlichen Raum ausgeschlossen.

Ihrer »Unsichtbarkeit«, ihrer ökonomischen Mittellosigkeit und der verwehrt Mitsprache im gesellschaftlichen Alltag begegnen die Refugees mit offensiven Kommunikationsstrategien: Sie »zeigen Gesicht« (im wahrsten Sinne des Wortes) mit Besetzungen an zentralen Orten im öffentlichen Raum, mit Demonstrationen und Hungerstreiks in unmittelbarer Nähe der politischen Machtzentren rund ums Brandenburger Tor.

In ihrer ersten Erklärung schreiben die Refugees vom Oranienplatz: »Dies ist unsere Stimme aus dem Streikzelt in Berlin. Unser Zelt schließt sich dem Protest und den Streikzelten in Würzburg, Aub, Bamberg, Regensburg und Düsseldorf an. Wir sind gekommen, um für unsere Rechte zu kämpfen und den Wert des menschlichen Lebens zu verteidigen. Die Stimme unserer Zelte ist die Stimme der Ausgeschlossenen, die nun an ihre Existenz erinnern wollen. Die Zelte stellen für uns die Basis für unseren Widerstand und unseren Kampf dar. Nur auf der Straße ist es möglich, unsere Forderungen durchzusetzen. Es ist an der Zeit, unsere Gemeinschaftsunterkünfte zu verlassen und uns auf der Straße zu vereinen!«²

Um nicht draußen überwintern zu müssen, besetzte ein Teil der Refugees am Jahresende eine leer stehende Schule in der Ohlauer Straße in Kreuzberg. Das Gebäude und das Protestcamp waren Anlaufpunkt und Unterkunft für zeitweise mehrere Hundert Ge-

2 Erste Erklärung der streikenden Flüchtlinge in Berlin, August 2012.

flüchtete und illegalisierte MigrantInnen. Von dort aus organisierten die Refugees ihre spektakulären Protestaktionen. Kurz nach der Ankunft in Berlin organisierten sie eine der größten Demonstrationen von Asylsuchenden bis dahin in Deutschland.³ Ein Teil der Refugees versuchte die nigerianische Botschaft in Mitte zu besetzen, um gegen Abschiebungen zu demonstrieren, andere fuhren als »Refugees's Revolution Bus Tour« mit Bussen vom Oranienplatz zu anderen Protestorten in der Bundesrepublik, um weitere AktivistInnen und Betroffene von staatlicher Diskriminierung zu mobilisieren.⁴

Im April 2014 ließ der Senat zunächst alle Zelte auf dem Oranienplatz bis auf das Informationszelt räumen, zwei Monate später begann die Polizei mit der Räumung der besetzten Schule. U.a. mit der Forderung, ihren Protest in der Schule fortführen zu können und ein Bleiberecht zu erhalten, verschanzten sich einige der AktivistInnen für mehr als eine Woche auf dem Dach der Schule, ein Teil der BesetzerInnen drohte im Fall einer Räumung in den Tod zu springen. Währenddessen machten mehr als 900 Polizisten aus ganz Deutschland den angrenzenden Kreuzberger Kiez zum Sperrgebiet. Nach knapp zehn Tagen der Belagerung unterzeichneten der Bezirk und ein Teil der Refugees im Haus eine Vereinbarung, in der den Protestierenden die dritte Etage des Hauses zugesichert wird, allerdings kein dauerhaftes Bleiberecht.

3 Vgl. taz, »Das war Berlin, jetzt kommt Europa«, 14.10.2012.

4 Vgl. Frankfurter Rundschau, »Protest aus dem Bus heraus«, 11.3.2013.



links: Das Infzelt am Oranienplatz ist zentraler Anlaufpunkt und Informationszentrum für die Aktionen der Refugees. Mit der Fotoausstellung im Zelt-Inneren zeige sie den 600 Kilometer langen Protestmarsch von Würzburg nach Berlin, an dessen Ende sie den Oranienplatz besetzt haben. (2012)

rechts: Präsenz als Machtdemonstration – Die an den Rand Gedrängten der Gesellschaft im Zentrum der Macht. Kurze Zeit später wurde aus dem Lautsprecherwagen der Demonstranten durchgesagt, dass gerade eine vorbereitete Besetzung des Bundestags durch die Refugees von der Polizei verhindert wurde. (23.3.2013)





GESTALTUNG DES ÖFFENTLICHEN RAUMS

Protest, Kommunikation und Gestaltung

In den Prozess der Aneignung und Gestaltung des öffentlichen Raums intervenieren sowohl politische als auch künstlerische Bewegungen, die sich gegenseitig bedingen und unterstützen.

Da Kunst im öffentlichen Raum in die Produktion von Raum und die Aushandlung seiner Bedeutung eingreift und die Art und Weise seiner Wahrnehmung und Nutzung beeinflusst (siehe oben »Räume der Repräsentation«), hat sie immer auch eine politische Dimension. Sie ist untrennbar mit der Frage verbunden, was der öffentliche Raum ist oder sein soll, wer darin Gehör findet und welche Interessen bei seiner Ausgestaltung verfolgt werden.

So teilten in den 1960er Jahren auch Strömungen in der Kunst die Kritik an der Tristesse der Alltagswelt in der funktionalistischen Stadt zur Zeit des Fordismus: Die europäische Künstlergruppe Situationistische Internationale (S.I.), die Lefebvres Schriften über die Stadt und die dort stattfindende Entfremdung der menschlichen Bedürfnisse aufgriff¹, versuchte neue Organisationsformen für eine gesellschaftliche Veränderung zu schaffen und dabei neue Mittel einzusetzen. Um die »Totalität« des kapitalistischen Alltagslebens der Stadt zu bekämpfen, müsse demnach die Trennung von Kunst, Politik, Architektur und gelebtem Alltag aufgehoben werden. Ziel war eine grundlegende Umgestaltung der Stadt und der sozialen Normen, um

1 Vgl. Henri Lefebvre: Kritik des Alltagslebens, Königstein im Taunus 1977.

Situationen zu ermöglichen, in denen Menschen sich frei und gleichberechtigt bewegen, austauschen und selbst verwalten können. Die Aufgabe der Kunst solle demzufolge darin liegen, das Alltagsleben der Menschen zu verändern.²

Mit diesen Ideen beeinflusste die S.I. nicht nur die Kunst, sondern auch die sozialen Bewegungen maßgeblich, die die Gestaltung des öffentlichen Raums und die Inszenierung von Protest im öffentlichen Raum für sich entdeckten. Miteinander verschränkte künstlerische und politische Strategien gegen die sozialen Ausschlüsse der kapitalistischen Stadt spielen seitdem eine nicht zu vernachlässigende Rolle für das Erscheinungsbild der heutigen Stadt und des öffentlichen Raums.

Im folgenden Abschnitt wird auf zwei Ebenen der gestalterischen Aneignungen eingegangen: auf die Kommunikation im Raum an sich und auf den Inhalt, der kommuniziert wird.

URBAN ART

Die Kunst der Kommunikation

Unter dem Begriff »Urban Art« werden selbstermächtigte künstlerische Eingriffe in den öffentlichen Raum zusammengefasst. Oft handelt es sich dabei um typografische Bilder wie z.B. Graffiti oder eher illustrative Werke (Street Art), die mit verschiedenen Techniken auf öffentlich sichtbare Flächen angebracht werden. Die künstlerischen Interventionen schaffen einen wirkungsmächtigen alternativen Kommunikationskanal im städtischen Raum und sind Ausdruck von sozialen Kämpfen um die symbolische Markierung und Besetzung des öffentlichen Raums.

Unabhängig davon, ob die Akteure in einem klaren politischen Bewusstsein oder mit einer lesbaren Botschaft handeln, eignen sie

2 Biene Baumeister Zwi Negator: Situationistische Revolutionstheorie, Stuttgart 2007.



oben: Graffiti als Demonstration von Gegenmacht:
Graffiti von TUP am Hermannplatz Neukölln (ca. 2011);

unten: Plakat einer gentrifizierungskritischen Plakatserie von
Various & Gould kurz bevor es verklebt wird (2011)

sich mit selbstproduzierten Zeichen den öffentlichen Raum an, um sich in diesem auszudrücken und gehört bzw. gesehen zu werden. Urban Art kann gefallen, zum Nachdenken anregen oder Verärgerung verursachen, sie tritt in jedem Fall in Kommunikation mit den vorbeigehenden BetrachterInnen. Die illegalen Eingriffe in den öffentlichen Raum können deshalb als Forderung nach Partizipation an dessen Gestaltung verstanden werden.

Selbstermächtigte künstlerische Eingriffe demonstrieren folglich, dass es einen Spielraum gibt, die gegebene Ordnung eines Ortes aufzubrechen. Sie können damit die Gestaltungs- und Deutungshoheit in der Stadt durch Politik und Wirtschaft in Frage stellen – und somit auch die herrschenden Machtverhältnisse im Raum.³

GRAFFITI

Die meistverbreitete Art von Graffiti ist das Style-Writing, d.h. das Schreiben von Namen als Bild. Neben dem künstlerischen Gestaltungsanspruch geht es den WriterInnen in der Regel um eine möglichst häufige Verbreitung und eine auffällige Platzierung des Pseudonyms.

Das Style-Writing hat seinen Ursprung in der Phase des Postfordismus. In New York bereiteten die Deindustrialisierung, die folgende soziale Krise und die daraus resultierenden Armenviertel den Nährboden für die Graffiti-Kultur. Im Jahr 1968 begannen Jugendliche in ihren Stadtvierteln in New York damit, ihre Namen mit Filzstiften so oft wie möglich an Wände zu schreiben. Als die »New York Times« 1971 einen Bericht über Taki 183 – einen Postboten, der seine Tags in der ganzen Stadt verbreitete – veröffentlichte, wurde dieser auf einen Schlag berühmt. Dieser Artikel gilt als Auslöser der Graffiti-Bewegung.

3 Vgl. Jan Gabbert: Street Art – Kommunikationsstrategie von Off-Kultur im urbanen Raum, Potsdam 2007, S. 58f.

Jugendliche übersäten daraufhin mit scheinbar sinnlosen Zeichen die Stadt und nur kurze Zeit später zeigten sich Bahnwaggons als besonders beliebter Leinwandersatz.⁴

In Europa und Lateinamerika entwickelte sich Anfang der 1980er Jahre das Writing vor allem durch die Verbreitung verschiedener Dokumentar- und Spielfilme über das US-amerikanische Graffiti («Wild Style«, «Style Wars« und «Beat Street») zu einer Jugendkultur, die das Erscheinungsbild der meisten Metropolen der Welt seitdem nachhaltig verändert hat.

In Berlin bot sich durch die Berliner Mauer eine besondere Situation für die Entstehung einer Graffiti-Kultur. Auf Westberliner Seite wurde das Bemalen der Mauer weitgehend von der Polizei toleriert, was zur Folge hatte, dass sie zu einer der größten Freiluftgalerien der Welt wurde.⁵ Nach dem Mauerfall 1989 nutzten SprayerInnen – so wie es HausbesetzerInnen und Technopartyveranstalter taten – die Gunst der Stunde, das rechtliche Vakuum und die vielfach vorhandenen Brachflächen in den Ostbezirken, um dort ungehindert und flächendeckend malen zu können. Diese beispiellose plötzlich gegebene Möglichkeit der Raumeignung verhalf der Stadt Berlin zum Ruf als «Graffiti-Hauptstadt Europas».⁶

103

STREET ART

Street Art kann als Weiterentwicklung von Graffiti beschrieben werden und stellt eine eher bildliche Variante von Urban Art dar. Der Begriff «Street Art» umfasst eine Vielzahl künstlerischer Ausdrucksformen, wobei die Techniken sich ständig erweitern. Neben der Sprühdose werden Pinsel, Farbroller, Sticker, Sprühschablonen oder Plakate benutzt. Manchmal installieren Künstlerinnen dreidimensionale Objekte bis hin zu ganzen Holzhäusern.

4 Vgl. Matthias Jung: Geograffiti Carioca, Diplomarbeit 2009, S. 8f.

5 Vgl. Heinz J. Kuzdas: Berliner Mauer Kunst, Berlin 1990.

6 Vgl. New York Times, »Bombing« Berlin, the graffiti capital of Europe«, 3.3.2008.



oben: Handlungsmöglichkeiten aufzeigen – Gentrifizierungs-Gebiet Weserstr. in Neukölln (2012);
unten: Produktion eines Großformatplakats der Künstlergruppe Plakatief (2013);
rechts: Protest für urbanes »Lebn« – Schlesische Str. / Falckensteinstr. Kreuzberg (2012)



Da Street Art viele unterschiedliche gestalterische Ausdrucksformen einschließt, können der Zeitpunkt und der Ort ihrer Entstehung nicht genau festgestellt werden.⁷ In Berlin begannen zum einen Mitte der 1990er Jahre Graffiti-Künstler, wie die CBS-Crew, und andere Künstler ohne Graffiti-Background, wie z.B. der »6«-Maler, mit neuen Gestaltungstechniken im öffentlichen Raum zu experimentieren. Den Startschuss für eine Street-Art-Bewegung bedeutete die Ausstellung »Backjumps« 2003, zu der die wichtigsten Street Artists der ersten Generation wie z.B. Banksy, Shephard Farey und Swoon nach Berlin eingeladen wurden. Innerhalb kürzester Zeit entwickelte sich Street Art zum unübersehbaren Massenphänomen.⁸

Während Graffiti in seiner Form als Name-Writing, d.h. als Schreiben von Namen, eher die kodierte Sprache einer Subkultur ist, versucht Street Art in der Regel mit einem größeren Spektrum von BetrachterInnen zu kommunizieren und zu interagieren. Die KünstlerInnen beider zunehmend ineinander übergreifender Strömungen handeln jedoch gleichermaßen in der Intention, den öffentlichen Raum zum Zweck der Kommunikation zu gestalten.

Einige Urban Artists betonen immer wieder die politische Dimension ihrer Aktionen: »Es geht um Zwischentöne innerhalb der Werbebilderflut und eine gemeinsame Selbstbehauptung in dem Sinne: Hey, wir sind mehr als nur unser Portemonnaie! Genau hier liegt das subversive Potential von Straßenkunst: die kapitalistischen Grundsätze des Kaufens und Verkaufens werden einfach ignoriert und der öffentliche Raum wird aktiv mitgestaltet.«⁹

7 Vgl. Jan Gabbert: Street Art, a.a.O., S. 11f.

8 Vgl. Karin Klitzke, Christian Schmidt (Hg.): Street Art – Legenden zur Straße, Berlin 2009.

9 Gould in Daniela Krause / Christian Heinicke, KM4042 (Hg.): Street Art - Die Stadt als Spielplatz, Berlin 2006, S. 100.

GESTALTETE POLITISCHE KOMMUNIKATION

Gestalterische Interventionen in den öffentlichen Raum können auch ein Mittel sein, um Forderungen nach außen zu tragen oder physisch angeeigneten Raum zur Schau zu stellen.

Lange Zeit, bevor sich das Style-Writing in Europa verbreitete, entstanden im Zuge der Studentenrevolte in Paris im Jahr 1968 zahlreiche Wandsprüche, Schablonen-Graffitis und Plakate, die auch in anderen Städten und Ländern ein beliebtes Mittel der sozialen Bewegung wurden, um die Inhalte der Proteste zu verbreiten. Auch das sogenannte Peace-Zeichen entstand zu dieser Zeit.¹⁰

In Westberlin prägte seit Anfang der 1980er Jahre vor allem die Hausbesetzungsbewegung das Stadtbild. Während überall in der Stadt Spruch-Graffitis den Häuserkampf und gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei kommentierten, begannen die BesetzerInnen, sich ganze Brandwände und Fassaden als Gestaltungsfläche anzueignen.

Im Ostteil der Stadt wurden zu DDR-Zeiten Spruch-Graffitis als Möglichkeit genutzt, öffentlichkeitswirksam und anonym Kritik am Staat zu äußern, was die Sicherheitsbehörden rigoros, aber meistens erfolglos zu verhindern versuchten.¹¹

Obwohl im heutigen Stadtbild Gestaltungen ohne explizite politische Aussagen dominieren, verwischen seit dem Aufkommen von Street Art immer mehr die Grenzen zwischen bildlichem und explizit politischem Ausdruck. Politische Gruppen nutzen Techniken der Urban Art, genauso intervenieren Urban Artists immer wieder in politische Debatten.

Die Berliner Graffiti-Crew CBS (die »Cowboys«) überschritt in ihren Aktionen immer wieder die Trennung zwischen Style-Writing, Kunst und Aktivismus. Bekannt sind sie nicht nur wegen der exponierten Stellen ihrer Bilder und der gesprühten gelben Fäuste, die

10 Vgl. Spiegel Online, 50 Jahre Peace-Zeichen, 4.4.2008, http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/1742/o_so_simpel_ist_frieden.html.

11 Vgl. Spiegel Online, Aktion Weißer Strich an der Berliner Mauer, http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/23065/protest_auf_augenhoehe.html.

Crew-Mitglied Kripoe im ganzen Stadtbild verbreitet. Mal zeigten sie der bürgerlichen Gesellschaft den haushoch gemalten Mittelfinger, mal äußerten sie Kritik am Parlamentarismus, indem sie zu Wahlen eigene Plakate produzierten – mit dem Vorschlag, lieber CBS zu wählen. Aufsehen erregten sie auch mit einer Aktion gegen Werbung im (halb-)öffentlichen Raum. Im U-Bahnhof Alexanderplatz entfernte die Gruppe eine Leinwand aus der Bahnhofs-Ausstellung »Kommunikationsstrategien der Werbung« und tauschte diese gegen eine eigene Gestaltung aus, was mehrere Tage nicht bemerkt wurde, weil es auf den ersten Blick wie ein Teil der Ausstellung aussah. Die Ausstellungsmacher reagierten wütend mit einer Anzeige bei der Polizei. Die CBS-Crew erklärte dazu:

»Als Gruppe sind wir seit 1995 vor allem durch Graffiti in Erscheinung getreten. Dabei haben auch wir zunächst unbewusst und später bewusst verschiedene Kommunikationsstrategien der Werbung verwendet. Das Verbreiten unseres Namens reichte uns in den letzten Jahren jedoch nicht mehr aus. Inzwischen versuchen wir mehr und mehr gesellschaftliche Prozesse durch Aktionen im öffentlichen Raum zu hinterfragen. Wir verkaufen kein Produkt. Auf unsere Arbeiten gibt es kein Copyright. Wir haben nicht vor, CBS als kommerzielle Marke zu etablieren. Vielmehr versuchen wir zu zeigen, dass es außerhalb der üblichen gesellschaftlichen Mechanismen Menschen und Wege gibt, die sich gegen profitorientiertes Denken wehren. Sie ergreifen die Initiative. Sie schaffen Werte, die diese Stadt lebens- und liebenswert machen.«¹²

Seit Mitte/Ende der 2000er sind in Berlin vermehrt großflächige Graffiti mit politischen Inhalten, oft mit Bezug zu stadtpolitischen Protesten, zu sehen. Die Kreuzberger Crew 1UP schrieb »Love Art – Hate Cops« über eine zentral gelegene Brandwand im traditionell linken Stadtteil, »Fuck off Mediaspree« prangt über dem von Privatisierung bedrohten Spreeufer am Ostbahnhof. Zu einem »Aufstand der Würde« ruft BlackBlockBeauty an der Eberswalder Str. in Prenzlauer Berg auf, in Anlehnung an den Aufstand der

12 Erklärung von CBS, »Berlin: Aktion gegen Werbestrategie-Ausstellung«, März 2004, <http://de.indymedia.org//2004/03/77993.shtml>.

Zapatisten in Mexiko gegen die Folgen neoliberaler Politik. Mit »Bitte lebn« ließ das Kollektiv »Die Räuber« einen alten Spruch aus der Hausbesetzungszeit Anfang der 1980er Jahre wieder aufleben – weit sichtbar nahe der Oberbaumbrücke in einem von Gentrifizierung bedrohten Wohngebiet.

Auch das Räuber-Kollektiv hat seine Wurzeln im Style-Writing und Street Art, hat seine Aktivitäten aber mittlerweile auf andere Formen der Stadtaneignung ausgeweitet: »Viele, wenn nicht sogar ein Großteil der Gruppe, kommen vom Graffiti. Wenn du jetzt fragst, wie wir zu Graffiti stehen, dann denke ich gilt für uns das starke politische Element, das Graffiti aufweist. Als Gestaltung des öffentlichen Raumes. Als Eingriff in einen Raum, der öffentlich ist und uns somit allen gehört und uns alle angeht. Graffiti erlaubt, dass du deine Meinung an die Wand schreiben darfst, wo du es sonst nicht dürftest, weil da schon die Meinung der Deutschen Bank steht.«¹³

WANDBILDER

Wandbilder bzw. Murals sind großflächige, aufwändig ausgearbeitete Bilder, die direkt auf eine Wand gemalt sind und diese komplett einnehmen. Wegen des zeitlichen, finanziellen und organisatorischen Aufwands entstehen Wandbilder oft im Einverständnis oder sogar im Auftrag der rechtlichen EigentümerInnen, der BewohnerInnen oder der NutzerInnen eines Hauses bzw. Geländes. Deshalb spiegeln Murals immer auch Kräfteverhältnisse, Handlungsmöglichkeiten und Interessenslagen im Raum wider.

Murals können privaten AuftraggeberInnen, Stadtverwaltungen oder auch opponierenden sozialen Gruppen als repräsentative Visitenkarte dienen sowie als überregional wirkendes Stadtzeichen die symbolische Bedeutung eines Gebietes prägen. Genauso können sie eine »lautstarke« visuelle Demonstration von (Gegen-)Macht und damit eine Fläche für Protestkommunikation im öffentlichen Raum sein.

¹³ Die Räuber im Interview auf reclaimyourcity.net, 2013: <http://reclaimyourcity.net/content/wir-haben-deine-party-das-r%C3%A4uber-kollektiv>.





links: Zurschaustellung von angeeignetem Raum – Wandbild von Pappsatt am Hausprojekt Manteuffelstr. 39 zu Aneignungskämpfen in Kreuzberg 36 (2012);

oben: Vor-Ort-Skizze für ein Fassadenbild in Friedrichshain (2010);

unten: Repräsentation von gesellschaftlich Marginalisierten: Wandbild der Gruppe Interbrigadas am Kottbusser Tor (2013)

Auch die Geschichte der Wandbilder in Berlin ist eng mit den sozialen Bewegungen der 1960er Jahre und danach verknüpft. KünstlerInnen, die sich mit diesen verbunden fühlten, suchten nach freieren, gesellschaftsorientierten und demokratischen Ausdrucksmöglichkeiten der Kunst. Sie kritisierten, ähnlich wie Lefebvre es formulierte, die Tristesse der Städte, die nach den Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg im Sinne des Fordismus funktionalistisch und verkehrsgerecht wiederaufgebaut wurden, und den Verlust urbanen Lebens.¹⁴

Zeitgleich zu den Kunstaktionen im öffentlichen Raum von politisch engagierten KünstlerInnen wie z.B. Jörg Immendorff und Joseph Beuys entdeckten die neuen sozialen Bewegungen in Westberlin Ende der 1970er Jahre Wandmalereien als politische Praxis. KünstlerInnen und politische AktivistInnen schlossen sich zusammen, um illegale Wandbilder anzufertigen.¹⁵ Im Rahmen des TUNIX-Kongresses an der TU Berlin, der von der Berliner Spontiszene organisiert wurde und als Geburtsstunde der Alternativbewegung gilt, wurden öffentliche Malaktionen durchgeführt. Mit einem gefälschten angeblichen Flugblatt des Senats riefen AktivistInnen die Berliner Bevölkerung zum selbstermächtigten Gestalten der städtischen Flächen auf:

»Berlin ist – mit Recht – sehr stolz auf Tugenden wie Eigeninitiative und Originalität. Hinzu kommt die Liebe der Berliner zu ihrer Stadt. Diese Tradition gilt es zu pflegen und insbesondere fortzusetzen. In der Vergangenheit, aber auch gerade in der jüngsten Zeit, ist aus Kreisen der Bevölkerung heftige Kritik geübt worden an der grauen und mithin langweiligen Fassade einiger Stadtteile in Berlin. [...] Unter dem Motto ›FÜR EIN FREUNDLICHES BERLIN. DIE BÜRGER MACHEN MIT‹ wird nun vom 27.–29. Januar 1978 ein Wettbewerb durchgeführt, der dem Bürgerwillen gerecht werden und unsere Stadt verschönern helfen soll. Dieser Wettbewerb ist eine Unternehmung, bei der alle Berliner zum Künstler werden können, indem sie

14 Vgl. Einleitungstext von Werner Brunner in Norbert und Melanie Martins: Hauswände statt Leinwände, Berlin 2012, S. 7–14.

15 Vgl. Zitty, Nr. 15, 1978.

Häuserwände, Haustüren, Gartenzäune, Hausvorsprünge usw. usf. anmalen.«¹⁶

Mit Beginn der Hausbesetzungsbewegung begannen die BesetzerInnen, u.a. unterstützt von der Künstlergruppe »Ratgeb«, ihre Häuser mit politischen Fassadenbildern zu gestalten.

Am besetzten Kunst- und Kulturzentrum Kreuzberg (KuKuCK) in der Anhalter Straße in Kreuzberg befand sich das wohl bekannteste Fassadenbild aus der Zeit der Hausbesetzungen Anfang der 1980er Jahre. Es zeigt hämisch grinsende Wesen in schwarzen Gewändern, die unterhalb eines HausbesetzerInnen-Symbols in einer Art Hexenkessel Bomben produzieren und die Stadt erschüttern. Das selbstverwaltete KuKuCK war Wohnraum und Kommunikationszentrum für die Bewegung und verstand sich als Projekt, in dem Kunst und Politik eins sind.

Das oft fotografierte Wandbild entwickelte sich zu einem Symbol der BesetzerInnen-Bewegung. Berliner Denkmalschützer und prominente Unterstützer wie Joseph Beuys setzten sich für den dauerhaften Erhalt des Bildes ein und sammelten mehr als 10.000 Unterstützungsunterschriften. Erfolglos, es wurde direkt nach der Räumung des Hauses 1984 übermalt.¹⁷

Der Berliner Senat griff das Bedürfnis nach einer menschlicheren Stadt auf und rief Programme für Kunst im öffentlichen Raum ins Leben.¹⁸ Allerdings wollten bei der Ausschreibung der Wettbewerbe HausbesetzerInnen und Bezirksämter in ihrem Interesse Regie führen, was KünstlerInnen und AktivistInnen als undemokratisch und nicht im Sinne der StadtbewohnerInnen kritisierten.¹⁹

Mit dem Aufkommen von Street Art als neuer künstlerischer Bewegung und ihrer steigenden Popularität kam es zu einer

16 Vgl. Anonymes Autoren-Kollektiv: ... nehmt der Langeweile ihren Sinn ..., Berlin 1979, S. 18.

17 Vgl. <http://www.interglotz.de/de/kukuck.html>.

18 Vgl. Senator für Bau- und Wohnungswesen Berlin: Farbe im Stadtbild. Ein Leitfaden für Hauseigentümer, Berlin 1979.

19 Vgl. Werner Brunner in »Hauswände statt Leinwände«, Norbert und Melanie Martins, 2012, S. 11f.

Renaissance von Wand- und Fassadenmalereien in Berlin (ausgelöst u.a. von der zweiten Backjumps-Ausstellung im Künstlerhaus Bethanien 2005, in deren Rahmen mehrere Brandwände in Berlin gestaltet wurden).

Ein Teil der Urban Artists nutzte bereits angeeignete Räume und Flächen für politische Wandbilder. So gestaltete das internationale Künstlerkollektiv Interbrigadas im Rahmen der Mietproteste 2012 ein Mural am Kottbusser Tor gegenüber des Gecekondus, das sich mit der Geschichte der MigrantInnen in Kreuzberg und dem Kampf gegen Rassismus und Verdrängung durch Mieterhöhungen auseinandersetzt.

Eine U-Bahn-Station entfernt zeigt ein Wandbild der Kollektive Pappsatt, Orangotango und Memfarado an einem ehemals besetzten Haus, an welchem unterschiedlichen Orten und wie vielfältig sich derzeit der Protest und Widerstand gegen Aufwertung und Verdrängung in Kreuzberg regt. Auf einem dem Spiel Monopoly nachempfundenen Spielbrett sind am Beispiel von Luxussanierung, Privatisierung des Spreeufer und Zwangsräumungen charakteristische Prozesse der profitorientierten Stadtgestaltung dargestellt, gegen die sich Protestinitiativen wie Kotti & Co oder die Refugees am Oranienplatz zur Wehr setzen. Das Wandbildmotiv entstand in Zusammenarbeit mit der Hausgemeinschaft.





Wenn d'
ausgeme
Wenn eine
passiert,
Wenn

Autonomie
Kongress

1968

PLAKATE

Ein Plakat ist ein meist bedruckter oder bemalter Papierbogen, der in der Regel der Kommunikation im öffentlichen Raum dient. Dieses Kommunikationsmittel wird für Werbung, künstlerischen Ausdruck oder politische Meinungsäußerung genutzt.

Bis in die 1960er Jahre war die Produktion von Plakaten wegen des großen Aufwands und hoher Kosten kommerziellen und staatliche Einrichtungen oder Parteien vorbehalten. Erst mit dem Aufkommen der sozialen Bewegungen und der Gründung alternativer Druckereien konnte sich u.a. in Deutschland, der Schweiz und den Niederlanden eine neue Plakatkultur unabhängiger Gruppen entwickeln.¹ Die »Demokratisierung« des Kommunikationsmittels Plakat setzte sich in späteren Jahrzehnten durch Kopiergeräte, Copyshops, Digitaldruck und die Verwendung des Computers als Gestaltungsmittel fort.

Allerdings sind die (legalen) Möglichkeiten, Plakate im Stadtraum zu platzieren und sich Gehör zu verschaffen, nicht im entsprechenden Ausmaß vorhanden. Im Gegensatz zu kommerziellen Akteuren, die mit Werbeflächen auf Litfaßsäulen, Billboards, Bushaltestellen und ganzen Gebäudefassaden den Stadtraum dominieren, müssen andere soziale Gruppen auf alternative Klebeflächen ausweichen. Die Wahl der Stellen gibt einen Hinweis auf den Bewegungsradius und die Handlungsmöglichkeit im Raum: Da es fast unmöglich ist, in privatisierten Räumen eigenmächtig Plakate anzubringen, wird meistens auf möglichst weitgehend angeeignete Stadträume wie z.B. Szenebezirke ausgewichen. Ein Nebeneffekt davon ist, dass die Präsenz der Plakate den Raum als eben solchen in der öffentlichen Wahrnehmung kennzeichnet. Auch die große Anzahl der selbstermächtigten Zeichen sorgt dafür, dass Ordnungsamt und HausbesitzerInnen mit dem Entfernen nicht hinterherkommen und ein Stück »Hoheit« über den Raum erlangt wird. Beliebte Stellen des »Wildplakatierens« sind besonders Hauswände, Stromkästen oder kommerzielle Flächen, die angeeignet und selbstautorisiert überklebt werden.²

117

1 Vgl. HKS 13 (Hg.): Hoch die Kampf dem – 20 Jahre Plakate autonomer Bewegungen, Berlin 1999, S. 9.

2 Vgl. ebd., S. 10 f.

Das Berliner Plakatkollektiv Plakatief nutzt zentral gelegene Flächen an ehemals besetzten Häusern als Kommunikationsplattform für soziale Bewegungen. Seit den 1990er Jahren werden u.a. an der Brandmauer am Görlitzer Bahnhof, die gut aus der vorbeifahrenden Hochbahn zu sehen ist, großformatige Plakate mit aktuellen politischen Inhalten geklebt. Protest-Initiativen können sich an das Kollektiv wenden, wenn sie politische Themen in die Öffentlichkeit tragen wollen, die in kommerziellen Medien kein Gehör finden.

»Dabei ist es uns wichtig, nicht nur unsere eigenen Plakatideen zu verwirklichen, sondern mit verschiedenen anderen politischen Gruppen zusammenzuarbeiten. Diese Kooperation sieht so aus, dass wir deren Ideen malerisch umsetzen, mit ihnen gemeinsam realisieren oder die von Gruppen gestalteten Plakate aufhängen.«³

Immer wieder versuchte die Polizei, Plakate des Kollektivs mit staatskritischem Inhalt zu kriminalisieren, was dem Projekt aber meist nur zu mehr öffentlicher Aufmerksamkeit verhalf. Ein Plakat, das im Sommer 2014 in Zusammenarbeit mit dem Bündnis gegen Rassismus in Berlin entstand, thematisierte den rassistisch motivierten Nagelbomben-Anschlag der Neonazi-Terroristen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) und das Versagen der Sicherheitsbehörden im Umgang mit den Neonazis. Kurz nachdem es geklebt war, rückte der Staatsschutz an und ließ den Satz »NSU – Staat und Nazis Hand in Hand« entfernen, weil er darin eine Verunglimpfung des Staates sah. Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren gegen die AktivistInnen kurze Zeit später ein, weil sie die Aussage im Kontext der skandalösen Vorfälle im Laufe des NSU-Prozesses als zulässige Meinungskundgabe wertete.⁴

3 Selbstdarstellung Plakatief, <http://reclaimyourcity.net/content/plakatief-18m%C2%B2-leftist-activism>.

4 Vgl. taz, »Einsatz gegen Großplakat«, 4.6.2014.



oben: Die Schablone – ein jedem/r zugängliches Kommunikationsmittel (2012);
links: Stadt-Aneignung als Forderung – Plakat von Seven Resist, Kreuzberg (2013);
rechts: Demonstration von Präsenz im Raum – Plakat von Seven Resist für das
selbstverwaltete Kultur-Zentrum Köpi (2013)





links: Symbolische Aneignung von Raum – Diese Grünanlage in Kreuzberg wurde selbstermächtigt in Carlo-Guilliani-Park umbenannt, nach einem Demonstranten, der während der Proteste gegen den G8-Gipfel in Genua von der Polizei erschossen wurde. Zu den regelmäßigen Veranstaltungen dort wird der Platz mit u.a. mit Plakaten zum Thema gestaltet. (1.Mai 2013);

rechts: Rund um den Tag der Räumung der ehemals besetzten Liebigstr. 14 in Friedrichshain waren im ganzen Stadtgebiet spontan verfasste Solidaritätserklärungen für das Hausprojekt zu sehen (Neukölln, Februar 2011)



oben: Produktion eines Transpis in Friedrichshain (2011);
unten: Zurschaugestellte Aneignung von Raum:
Besetzung der Cuvry-Brache (2012)

TRANSPARENTE

Das Verwenden eines Transparentes dient häufig als Mittel der Protestkommunikation im öffentlichen Raum. In der Regel besteht es aus einem großen Stück Stoff, das bemalt oder bedruckt wird und meist rein typografisch gestaltet ist. Anders als ein Plakat braucht es keinen festen Untergrund zur Befestigung und kann immer wieder an unterschiedlichen Orten neu inszeniert werden.

Transparente sind häufig auf Demonstrationen zu sehen. Das Thema oder der Anlass des Aufzuges wird meist durch das Transparent an der Spitze nach außen kommuniziert. Gelegentlich werden sie entlang der jeweiligen Demonstrationsrouten über der Menschenmenge von Hausdächern heruntergelassen.

An den meisten besetzten Häusern hängen Transparente, zunächst um die Besetzung sichtbar zu machen. Gleichzeitig machen sie die genutzten Fassaden zu Kommunikationsplattformen für politische Forderungen.

Seit dem Aufkommen der Proteste gegen die Privatisierung des Spreeufers sind in der Berliner Innenstadt Transparente vermehrt auch an Fenstern und Balkonen regulärer Mietwohnungen zu sehen. Viele MieterInnen zeigen mit bemalten Wimpeln ihre Solidarität mit der »Mediaspree versenken«-Kampagne oder ihre Ablehnung von Neo-Nazis (die Stoffbahnen sind mit einem herunterfallenden Kaktus bedruckt, zusammen mit dem Spruch »Kein Kiez für Nazis«). Andere machen auf diese Art auf Konflikte mit den Hauseigentümern aufmerksam, sei es aufgrund von drohenden Luxusmodernisierungen und Mieterhöhungen, Zwangsräumungen oder Verkauf des Hauses. Im Gegensatz zu den BewohnerInnen selbstverwalteter Hausprojekte, die weitgehend selbst über die Außengestaltung ihres Hauses entscheiden können, geraten MieterInnen damit immer wieder in Konflikt mit den Hausverwaltungen. Im Stadtteil Moabit kam es zu einem jahrelangen Rechtsstreit um ein Transparent mit der Aufschrift »Wir lassen uns nicht luxussanieren!« auf einem Balkon in der Calvistraße 21. BewohnerInnen wehrten sich damit gegen ein überteuertes Modernisierungsvorhaben und schikanöse Bauarbeiten. U.a. wurde einer älteren Bewohnerin ein

Fenster zugemauert. Der Vermieter verhängte den Balkon samt Transparent mit einer Netzplane und klagte, verlor letztendlich vor Gericht und musste den Sichtschutz wieder abnehmen. Das Transparent darf bleiben.¹



1 Vgl. Berliner Zeitung, »Mieter dürfen Protest-Plakat aufhängen«, 27.2.2014.



125

links: Inszenierung von Protest im Raum – Transpi-Aktion an einem ex-besetzten Haus in der Oranienstr. Kreuzberg anlässlich der Refugee Strike-Demonstration (2010);

rechts: Front-Transparent aus Perspektive der ersten Reihe einer Lärmdemonstration der MieterInnen-Initiative Kotti&Co in Kreuzberg (2013)



126



oben: Aneignung von Machtsymbolen: Protest gegen Luxus-Bauten in Friedrichshain (2013);
unten: Aneignung gegnerischer Kommunikationskanäle: Partizipative Kommunikation statt Werbung in
Kreuzberg (Foto: C.Eickhoff, 2013)

ANEIGNUNG DER GEGNERISCHEN KOMMUNIKATIONSKANÄLE

Adbusting

Eine Methode, die Kommunikation im öffentlichen Raum zu deprivatisieren, ist das »Adbusting«. Damit wird die Aneignung des privaten Kommunikationskanals »Werbung« im öffentlichen Raum durch Zerstörung, Überdecken oder Verfremden des eigentlichen Inhalts bezeichnet. Adbusting ist dabei als Reaktion auf das Ungleichgewicht und die Privatisierung der Kommunikation, die Werbung im öffentlichen Raum schafft, zu verstehen.

In einigen Fällen äußern AktivistInnen mit zusätzlichen Klebe-Elementen Kritik an dem Inhalt der jeweiligen Werbung, beispielsweise an sexistischen Rollenklischees (Plakate mit der Aufschrift »Sexistische Kackscheiße« kommentieren an vielen Stellen Werbetafeln in Berlin). Gerade im Wahlkampf ist die Verfremdung von Wahlplakaten beliebtes Ziel von Adbusting-Aktionen. So »warb« zu den Berliner Landtagswahlen 2011 der Kandidat der Christdemokraten, Frank Henkel, nach einer nächtlichen Intervention auf großflächigen Werbetafeln plötzlich mit den Worten »Einsperren. Abschieben. Aufräumen. Für Berlin«. Eine klare Veranschaulichung der Stadtpolitik des rechten Kandidaten.

In anderen Fällen werden Werbeflächen für eigene künstlerische Gestaltungen okkupiert. Am Görlitzer Bahnhof in Kreuzberg strichen im Sommer 2013 Unbekannte Werbetafeln mit Tafelkreide ein, um der Bevölkerung eine Plattform für selbstbestimmte Gestaltung zu geben. »Meinung posten – Freiheit nutzen« schrieben sie über die neuen Meinungstafeln. Die Aufforderung wurde gut angenommen.¹

Eine Form des Adbusting ist das sogenannte »Visual Kidnapping«. Viel Aufmerksamkeit erregte der Künstler ZEVS, als er am Berliner Alexanderplatz aus einer haushohen Plane mit

1 Vgl. <http://blogs.taz.de/streetart/2013/a08/06/meinung-posten/>.

Kaffeewerbung das Model herausschnitt und in Erpressermanier Lösegeld vom werbenden Konzern verlangte.

Mit einer ähnlichen Aktion begleiteten StudentInnen der Universität der Künste (inzwischen Hochschule der Künste) in Tiergarten den Protest ihres Studierendenparlaments 2006 gegen einen bekannten Limonaden-Hersteller, der wegen massiver Verletzung von Arbeits- und Menschenrechten in der Kritik steht. Das Studierendenparlament beschloss den Boykott der Produkte des Konzerns auf dem Campusgelände² – StudentInnen setzten diesen visuell um, indem sie die abgebildete Getränkeflasche aus der Fassadenwerbung des Konzerns an ihrer Universität herausschnitten.

Zum Leidwesen der AktivistInnen versuchten bei beiden Aktionen die Werbeträger die Aufmerksamkeit durch Gegen-Aktionen zu ihren Gunsten zu nutzen.³ Nicht nur deshalb verfolgen andere Gruppen die Strategie, Werbung gleich ganz aus dem Stadtbild zu verbannen.

So hat sich beispielsweise das Berliner »Amt für Werbefreiheit und gutes Leben« als Nahziel gesetzt, den Bezirk Kreuzberg-Friedrichshain werbefrei zu machen, und verhängt und überklebt deswegen Werbetafeln. »Uns geht es auch darum, dass der öffentliche Raum nicht mehr ein Ort des Konsums, sondern der BürgerInnen wird. Wir beginnen einen Prozess, in dem die Menschen, die hier wohnen, selbst entscheiden sollen, wie ihr Bezirk aussieht, und nicht Großkonzerne.«⁴

2 Vgl. taz, »UdK pfeift auf Coca-Cola«, 14.7.2006.

3 Vgl. Spiegel Online, »Visual Kidnapping: Werbe-Models auf Abwegen«, 11.8.2006, <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/visual-kidnapping-werbe-models-auf-abwegen-a-431043.html>.

4 Amt für Werbefreiheit und Gutes Leben, 2013, <http://www.reclaimyourcity.net/content/amt-fuer-werbe-freiheit-und-gutes-leben>.



Die angelegene Leuchtreklame weist auf eine Besetzung unterhalb der Straße hin. Die jährliche »Reclaim Your City«-Ausstellung fand 2012 in dieser stillgelegten öffentlichen Toilettenanlage direkt unter der Kreuzung am Mehringdamm statt und war für zwei Wochen geöffnet – bis die Polizei anrückte und den Raum wieder verriegelte.



PROTEST-MARKIERUNGEN

Farbe kann ein sehr wirksames Ausdrucksmittel von entschlossenem Protest in den Auseinandersetzungen um Aneignung und Verdrängung im städtischen Raum sein.

Mit Hilfe von Farbbeuteln, mit Farbe gefüllten Feuerlöschern oder anderen Techniken werden Fassaden, Werbetafeln oder Schau- fenster von Räumen markiert, die als Symbole für Verdrängung und den Verlust öffentlichen Raums wahrgenommen werden.

In Berlin sind Luxus-Wohnprojekte wie das Car-Loft in Kreuzberg, das von Kritikern als Musterbeispiel für Gentrifizierung in dem Bezirk angesehen wird, oder auch Bauten der Public Private Partnership wie die O2 World immer wieder Ziel von Farbbeutelwürfen.

In der Annahme, dass sich in repräsentativen Bauten Macht im öffentlichen Raum manifestiert, ist die unerlaubt angebrachte Farbe darauf Indikator dafür, dass die Machtverhältnisse im Raum nicht anerkannt oder zumindest in Frage gestellt werden.

Auf dem Weblog »Berliner Liste« veröffentlichen AktivistInnen Adressen von Luxus-Neubauten, InvestorInnen, Wohnungsbau- gesellschaften und anderen Institutionen, die sie für die Privatisierung des Stadtraums, Mietsteigerungen und Verdrängung verantwortlich machen. Die BetreiberInnen rufen zu Protestaktionen wie »kreativen Fassadenumgestaltungen« an diesen Orten auf, die sie auf dem Blog dokumentieren:

»Die kapitalistische Stadt soll wissen, dass wir viele Leute sind, die solidarisch und emanzipatorisch in Berlin leben möchten. Und, dass wir alle bereit sind, für eine solche Stadt tatkräftig zu streiten.«¹

Tatsächlich folgte dem Aufruf eine Vielzahl von Aktionen. So wurde u.a. das Amtsgericht Wedding mit Farbe markiert, das die Zwangsräumung einer MieterIn veranlasst hatte, die zwei Tage später in den Räumen der Kälte-Nothilfe verstarb. In einem BekennerInnen- Schreiben dazu heißt es: »Der Tod von Rosemarie F. ist die traurige,

1 Vgl. »Mieter*innen stressen zurück!«, Erklärung der Webseitenbetreiberinnen der Berliner Liste, <http://berlinerliste.noblogs.org/berliner-liste-mieterinnen-wehren-sich/>.

doch logische Konsequenz einer Wohnungspolitik, die die Verwertbarkeit von Wohnraum über die Interessen der Mieter_innen stellt. Jedoch gibt es Anzeichen, dass nicht mehr alle Menschen in Berlin sich den Plänen von Senat, Investor_innen und Vermieter_innen unterwerfen. Immer öfter werden Zwangsräumungen von Protesten und Blockadeversuchen begleitet und es ist nicht erst nach dem Tod von Rosemarie F. an der Zeit, die Proteste für ein Recht auf Stadt zu intensivieren und unsere Wut entschlossener zum Ausdruck zu bringen!«²

2 Vgl. BekennerInnenschreiben, »Amtsgericht Wedding mit Farbflaschen angegriffen«, <https://linksunten.indymedia.org/en/node/84610>.



Farbmarkierungen sind oft vehementer Ausdruck von Unzufriedenheit. Hier ausgeführt mit einem mit Farbe gefüllten Feuerlöscher in der Friedelstr. in Neukölln. Dieses Wohngebiet ist seit einigen Jahren von Aufwertung und damit einhergehenden Mietsteigerungen betroffen (2012).

KAMPAGNEN

... gegen Privatisierung des öffentlichen Raums

»Mediaspree versenken« ist ein repräsentatives Beispiel für eine parteienunabhängige stadtpolitische Kampagne, die strategisch auf allen Ebenen der in dieser Arbeit beschriebenen Produktion von Raum arbeitet. Sie führt Initiativen aus den Bereichen Kunst, Design, Veranstaltungskultur, Geografie und Stadtplanung zusammen und greift auf eine Vielzahl von Kommunikationskanälen im öffentlichen Raum zurück.

Die Mediaspree-Planung ist eines der größten Investorenprojekte in Berlin. Dabei sollen entlang des Spreeufers Privatunternehmen und Konzerne angesiedelt werden, wobei auf bisher ungenutzten und öffentlich zugänglichen Flächen, aber auch auf einigen (zwischen-)genutzten Grundstücken am Ufer Bürogebäude, Lofts, Hotels und andere Neubauten entstehen sollen.

Die geplante Bebauung des Spreeufers ist heftiger Kritik ausgesetzt. Neben der Vertreibung von langjährigen AnwohnerInnen, Kulturprojekten und Clubs durch höhere Unterhaltskosten wird vor allem befürchtet, dass weite Teile des Spreeufers nicht mehr öffentlich zugänglich sein werden.

Deswegen mobilisierte die Initiative »Mediaspree versenken« ein breites Bündnis von MitstreiterInnen gegen dieses Vorhaben. Sie organisierte unter dem Motto »Spreeufer für alle« Informationsveranstaltungen für AnwohnerInnen, Kiezspaziergänge und Demonstrationen gegen das Projekt und leitete ein Bürgerbegehren zur Mitgestaltung des Spreeufers in die Wege. Am 13. Juli 2008 stimmte eine deutliche Mehrheit von 87 Prozent der Teilnehmenden für einen freien Uferstreifen und den Verzicht auf Hochhausbebauung. Die Pläne für eine Bebauung konnte sie trotzdem nicht verhindern – wesentliche Teile des Bürgerentscheids werden nicht umgesetzt. Die Umwandlung von Grundstücken an der Spree zu Privatgeländen von Großkonzernen geht folglich weiter, was jedoch auch für den Protest gilt.¹

1 Tagesspiegel, »Statt mehr Kiez gab es mehr Kies«, 13.7.2013.

»Klar geht's weiter darum, die Investorenräume am Spreeufer zu versenken. Wir wollen aber auch die Frage in den Mittelpunkt stellen: Was wollen wir und all die AnwohnerInnen in den benachbarten Kiezen denn mit den Spreeufern anfangen? Und wie können wir da hinkommen, wie damit anfangen? Das geht letztendlich nur, wenn wir uns die Flächen nehmen, bevor sich die Investoren weiter breitmachen.«²

Die Kampagne »Mediaspree versenken« beinhaltet alle drei Ebenen der Raumeignung: Es gab vereinzelte Besetzungsaktionen, z.B. auf der Cuvrybrache im Anschluss an die »Mediaspree entern«-Demonstration, oder Blockaden einer Besichtigungstour von Mediaspree-InvestorInnen.

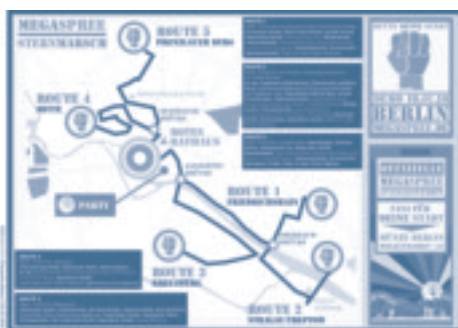
Begleitet wurden die physischen Raumeignungen von symbolischen: Neben häufig stattfindenden Demonstrationen sind viele illegale und legale Wandbilder zur »Mediaspree versenken«-Kampagne im Stadtbild zu sehen – ebenso wie Wimpel, die Anwohner an ihren Balkonen aufhängen. Einige großformatige Werbeflächen in Kreuzberg und Friedrichshain sind der Kampagne u.a. von Club-Betreibern dauerhaft zur Verfügung gestellt worden.

Auf der Ebene der Repräsentation des Raums (siehe folgender Abschnitt) wurden Karten veröffentlicht und verteilt, die den Bereich rund um das Spreeufer als Raum für Protest kennzeichnen und Handlungsmöglichkeiten für Protestaktionen zeigen.

Die Vielfalt der Interventionen in den öffentlichen Raum verschaffte der Kampagne so viel Gehör wie kaum einer anderen stadtpolitischen Initiative der letzten Dekade. Dementsprechend selbstbewusst sind die Aufrufe der Kampagne: »Wir wollen nicht nur eine andere Bebauung der Spreeufer, sondern auch eine grundsätzliche Veränderung in den Prozessen über die Gestaltung und Nutzung der Flächen und Gebäude. Der Kapitalismus mit dessen vermeintlichen Sachzwängen setzt die Stadt unter Druck, jetzt ist es an uns die Stadt zu übernehmen.«³

2 Jenny Brecht vom Vorbereitungskreis der »Mediaspree entern«-Kampagne 2010, <http://de.indymedia.org/2010/03/275558.shtml>.

3 Aufruf zum Aktionstag »Auf zu neuen Ufern – Mediaspree entern!« am 5.6.2010.





Karten sind eine Form von repräsentierenden Darstellungen, die einen Raum in Abhängigkeit von »räumlichen Praktiken« und den »Räumen der Repräsentation« definieren. Diese Definition ist ein veränderbarer gesellschaftlicher Prozess, in den unterschiedliche Akteure in unterschiedlichen Machtpositionen und mit unterschiedlichen Interessenlagen eingreifen können. Darstellungen von Räumen spiegeln daher Machtstrukturen, Zugangs- und Nutzungsmöglichkeiten und Ausschlüsse innerhalb der anderen beiden Sphären des Raums wider und beeinflussen diese wiederum.

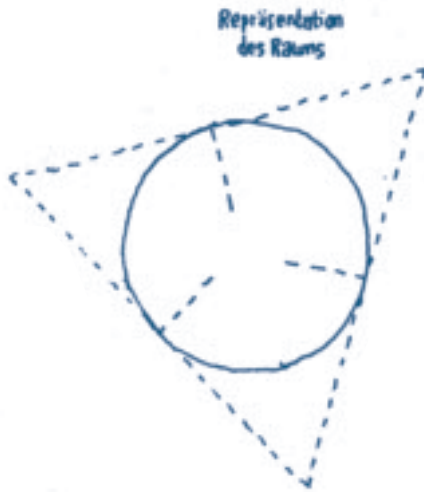
Darstellungen von Raum entscheiden grundsätzlich mit, wie dieser wahrgenommen wird, wie er genutzt wird und wie sich Menschen in ihm begegnen. Die Aneignung der »Repräsentation des Raums« ist also auch eine Aneignung des symbolischen und materiellen Raums.

TEIL C

KRITISCHES KARTIEREN

ANEIGNUNG DER
REPRÄSENTATION DES RAUMS

139



KARTEN UND MACHTVERHÄLTNISSE

In Karten werden abstrakte raumbezogene Gegenstände, Sachverhalte oder Prozesse grafisch veranschaulicht. Weil Raum nicht nur in seiner physisch-materiellen Eigenart existiert, sondern auch als Ergebnis von sozialen Prozessen entsteht (siehe Kapitel »Die soziale Produktion von Raum«), können Darstellungen von Raum nur vereinfachte Interpretationen des Raums liefern, die nie »neutral« oder »objektiv« sind.

So hängt es u.a. von gesellschaftlichen Konventionen ab, was gezeigt wird – bzw. was nicht – und welche Aspekte auf welche Art miteinander in Beziehung gesetzt werden. Da diese Konventionen veränderbar sind und ständig neu erstritten werden, gibt es auch eine große Bandbreite an Möglichkeiten, den urbanen Raum im jeweiligen Interesse äußerst unterschiedlicher politischer und ökonomischer Akteure zu interpretieren und zu definieren. Daraus ergeben sich Regeln, Normen sowie Ein- und Ausschlüsse, die sich in den jeweiligen Darstellungen widerspiegeln. Karten reproduzieren und manifestieren somit räumliche Machtverhältnisse, indem sie etwas betonen, ins Zentrum stellen oder weglassen.

MACHT DURCH KARTEN

Zunächst gilt es festzustellen, dass die Möglichkeit des Zugangs zu Karten und Geodaten mit dem Innehaben von Machtpositionen verknüpft ist und die Machtstellung wiederum begünstigen kann: Seit ihrer Entstehung vor einigen tausend Jahren dienen Karten als Spiegelbilder herrschender Machtverhältnisse. In den Anfängen der Kartografie waren sie fast ausschließlich Machthabern wie Monarchen, Militärs und hohen Kirchenmitgliedern zugänglich, die sie zur Kontrolle und Ausweitung ihrer Einflussphären nutzten. Die frühen Karten mussten in aufwändiger Einzelarbeit von Fachleuten entworfen und hergestellt werden und waren somit äußerst exklusive Produkte.

DIGITALISIERUNG UND DEMOKRATISIERUNG VON KARTEN

Erst mit der Digitalisierung von raumbezogenen Daten und ihrer zunehmend freien Verfügbarkeit, z.B. im Internet, sind Karten in vielfältiger Form einem großen Teil der Bevölkerung in den Industrieländern zugänglich und können mit einfach zu nutzenden Werkzeugen wie Softwareschnittstellen und Web-Interfaces für eigene Zwecke erstellt und modifiziert werden. Eine besondere Bedeutung nimmt bei der verbesserten Zugänglichkeit von Karten das Open-StreetMap-Projekt ein, das frei nutzbare Geodaten sammelt, mit denen eigene Karten erstellt werden können. Das hat zur Folge, dass die Grenze zwischen Kartenherstellern und -nutzern zunehmend verschwimmt und immer mehr unterschiedliche Interpretationen des Raums allgemein zugänglich sind.

Trotz dieser Demokratisierung bleiben Karten aber meist nur ein Abbild einer einzigen Sichtweise auf einen Raum, in der oft gesellschaftliche und räumliche Hierarchien zum Ausdruck kommen.

KARTEN ALS STEUERUNG VON NUTZUNG UND ZUGANG ZUM RAUM

141

Karten geben zudem Interessen in Bezug auf die Raumnutzung wieder und lenken entsprechend dieser Zielsetzung die Art und Weise, wie Menschen den Raum in der Praxis nutzen.

Ein alltägliches Beispiel dafür sind kostenlose Stadtpläne wie von »visit Berlin«, die an Touristen in Berlin und anderen Städten verteilt werden oder in Läden und Veranstaltungsbetrieben ausliegen. Die Nutzer dieser Pläne orientieren sich bei ihrem Stadtbesuch dann mithilfe einer Darstellung, in der privatisierte Orte der »Private Public Partnerships« hervorgehoben sind und die einen Ausschnitt zeigt, in dem »Problembezirke« wie Neukölln oder Wedding ausgespart bleiben.

KRITISCHE GEOGRAFIE

Die gesellschaftlichen Umbrüche und sozialen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre wirkten sich auch auf Teile der Geografiefachwelt aus, die die herkömmlichen Darstellungen von Karten in Frage stellte.

So kritisierte der deutsche Historiker Arno Peters in den 1960er Jahren die herkömmlichen Mercator-Projektionen¹ von Weltkarten als ein Instrument, um »die Selbstüberschätzung des weißen Mannes, besonders des Europäers, zu verewigen und die farbigen Völker im Bewusstsein ihrer Ohnmacht zu halten«². Er begründete dieses Urteil damit, dass die meisten Mercator-Karten den Äquator in die untere Bildhälfte legen, wodurch Europa in der Horizontalen wie Vertikalen im Zentrum der Welt erscheint. Sein Gegenmodell, die sogenannte »Peters-Karte«, löste unter Geografen einen Streit um das »richtige Weltbild« aus.

Der Anspruch einer »Soziologie der Kartografie«³ wurde formuliert. Es sollte untersucht werden, warum bestimmte Gesellschaften bestimmte Karten entworfen haben. Historische Karten wurden folglich nicht mehr als einfache Abbilder historischer Situationen interpretiert, sondern als gesellschaftliche Dokumente innerhalb ihres historischen Kontexts.⁴

Vor allem die Arbeiten David Harveys öffneten den Fachbereich für sozialwissenschaftliche Themen. Als Geograf untersucht Harvey seit den 1970er Jahren die Beziehungen zwischen Raum und menschlichem Handeln sowie den Zusammenhang dieser Faktoren mit sozialer (Un-)Gerechtigkeit, wobei er sich bei zahlreichen Aspekten auf die Theorien Lefebvres bezieht.

- 1 Eine alte, oft angewandte Darstellung des Globus. Sie stammt aus der Zeit der europäischen Entdeckungsfahrten im 16. Jahrhundert.
- 2 Arno Peters: Der europa-zentrische Charakter unseres geographischen Weltbildes und seine Überwindung, 1976, <http://www.heliheynd.de/Maps/Lect02.html>; aufgerufen am 1.11.2013.
- 3 Vgl. Claude Raffestin nach Georg Glasze: Kritische Kartographie, *Geographische Zeitschrift*, 97. Jg. 2009, Heft 4, S. 183.
- 4 Vgl. Georg Glasze, ebd., S. 184.

Als »Säulen« jeglichen geografischen Wissens würden Karten weitgehend das menschliche Denken und Handeln beeinflussen und seien somit ein mächtiges Werkzeug bei der Produktion von Machtstrukturen. Sie konstruieren Wirklichkeit, weil sie durch ihre Bildhaftigkeit vorschnell als »wahr« interpretiert werden.⁵

Für die Kritische Kartografie war der historische Geograf John Brian Harley ein wichtiger Pionier. Er forderte, die reproduzierten Weltbilder auf einer Karte herauszuarbeiten und dabei folgende Fragen zu stellen: Welche Projektion wird genutzt? Was wird dargestellt, was wird verschwiegen? Was wird betont? Was wird ins Zentrum gestellt? Welche Rückschlüsse lassen sich daraus schließlich auf gesellschaftliche Prozesse ziehen?⁶

Das »Dekonstruieren der Karte«, so der Titel seines viel aufgegriffenen Essays, dränge dazu, »zwischen den Zeilen der Karte zu lesen – an den Rändern des Textes – und durch ihre Tropen das Verschwiegene und die Widersprüche zu entdecken, die die scheinbare Ehrlichkeit des Bildes in Frage stellen. Wir fangen an zu lernen, dass kartografische Fakten lediglich Fakten innerhalb einer spezifischen kulturellen Sichtweise sind. [...] Kartografen stellen Macht her: Sie schaffen ein räumliches Panoptikum. Dabei handelt es sich um eine Macht, die in den Kartentext eingebettet ist. Wir können über die Macht der Karte genauso sprechen, wie wir bereits schon über die Macht des Wortes oder über das Buch als eine Macht der Veränderung sprechen. In diesem Sinne sind Karten politisch.«⁷

5 Vgl. David Harley nach Georg Glasze: Kritische Kartographie, 2009, S. 181.

6 Vgl. Georg Glasze, ebd., S. 185.

7 John Brian Harley: Deconstructing the Map, in: Cartographica 26, 1989.



KRITISCHES KARTIEREN

Ausgehend von der kritischen Geografie und der Kritik an räumlichen Darstellungen entwickelte sich seit den 1960er Jahren die Idee, Karten mit alternativen Sichtweisen auf den Raum zu erstellen. Im gleichen Zug entdeckten soziale Bewegungen Karten als Medium, mit dem herrschende Machtverhältnisse in Frage gestellt werden können.

Diese kritischen Karten sollen helfen, alternative Sichtweisen auf Räume aufzuzeigen, gesellschaftliche Machtverhältnisse und soziale Ungleichheiten im Raum sichtbar zu machen und zu analysieren. Sie können gesellschaftliche Akteure und widerständische Handlungen repräsentieren, die von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen werden, und ihnen Aufmerksamkeit und Gehör verschaffen. Karten können auch als Werkzeuge für die Praxis sozialer Bewegungen und anderer widerständiger Akteure dienen, indem sie Handlungsmöglichkeiten im Raum, in Bezug auf die Nutzung des Raums und hinsichtlich der Intervention in den Raum aufzeigen.

In Lateinamerika wurden beispielsweise in den 1970er Jahren im Kontext der »Neuen sozialen Bewegungen« vielfältige Ansätze zur Herstellung »kritischer Karten« entwickelt, die eine Alternative zu herkömmlichen Repräsentationen darstellen sollten. Aktuell wird widerständiges Kartieren in Argentinien als »mapeo colectivo« (kollektives Kartieren), z.B. vom Kunst-AktivistInnen-Kollektiv Iconoclasistas¹ oder in Brasilien als »cartografia social«² praktiziert.³

In Berlin veranstaltet das Kollektiv orangotango regelmäßig partizipative Kartierungsevents und vertreibt das kostenlose »Handbuch KOLLEKTIVES KRITISCHES KARTIEREN« als Anleitung für die Organisation solcher Workshops.

- 1 Eine Übersicht über die Tätigkeiten des Kollektivs findet sich auf <http://www.iconoclasistas.net/>.
- 2 Eine Übersicht über kollektives Kartieren in Argentinien findet sich auf <http://www.novacartografiasocial.com/>.
- 3 Vgl. Orangotango: Handbuch KOLLEKTIVES KRITISCHES KARTIEREN, 2011, zum freien Download auf <http://www.orangotango.info>.

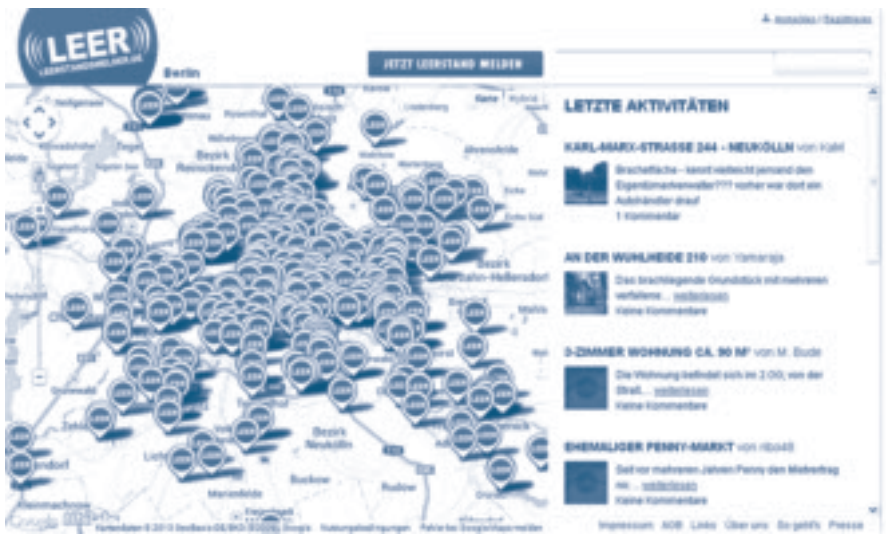
»Kritisches Kartieren [...] dient vor allem auch als Hilfsmittel, um in politische Praxis einzutauchen und bestehende Realitäten zu verändern. Denn durch das Kartieren eigener alltäglicher Erfahrungen und Kenntnisse können hegemoniale oder dominante Sichtweisen auf Raum infrage gestellt, kritische Sichtweisen kommuniziert und transformative Praktiken für ein selbstbestimmtes widerständiges und subkulturelles Leben aufgebaut werden.«⁴

Die folgenden Beispiele zeigen Karten von Berlin, die auf unterschiedlichen Ebenen als Strategien zur Aneignung von Stadtraum verstanden werden können.

4 Beitrag von Kollektiv Oranotango in Entgrenzt – Studentische Zeitschrift für Geographisches, 5/2013, S. 32.



Kollektives Kritisches Kartieren:
 oben: Kartierung zur Gentrifizierung auf einem Straßenfest in Kreuzberg. Die Besucher des Festes waren aufgerufen, die Karte zu ergänzen (2012)
 unten: Workshops des Oranotango-Kollektivs (Fotos: orangotango, 2011)



KARTEN ALS WERKZEUG SOZIALER BEWEGUNGEN

Handlungsspielräume zeigen

1) Analoge Leerstands-Karten

Im Rahmen der Berliner Hausbesetzungsbewegungen der 1980er und 1990er Jahre wurden Broschüren mit Leerstandslisten und Karten veröffentlicht – vor allem, um Besetzungen zu ermöglichen. Eines dieser Verzeichnisse war die Broschüre »Wohnraum und Leerstand in Kreuzberg 36«, die im Jahr 1988 von einem Kreuzberger Stadteilladen herausgegeben wurde. Einige der in der Karte eingezeichneten Häuser wurden später tatsächlich besetzt und bestehen noch heute als Hausprojekte.

1A) Der Leerstandsmelder

149

Unter dem Motto »Leerstand melden – Für mehr Transparenz und neue Möglichkeiten in der Stadt!« zeigt die Online-Karte »Der Leerstandsmelder« leer stehende Gebäude in verschiedenen deutschen Großstädten an. NutzerInnen können dort selbst Räume eintragen, samt Informationen über EigentümerInnen, Dauer des Leerstands und Abrissgerüchte.

Damit soll »die Diskussion um einen nachhaltigen Umgang von Leerständen und Ideen zur Neunutzung der Objekte vorangetrieben werden«¹. Das Projekt ist aus dem Hamburger Netzwerk »Recht auf Stadt« hervorgegangen, mittlerweile wird die Seite jedoch auch in einigen anderen Städten Deutschlands, Österreichs und der Schweiz genutzt.

Indem der Leerstandsmelder Orte zeigt, die Handlungsmöglichkeiten für eine alternative Stadtplanung eröffnen, kann er als praktisch

1 Selbstdarstellung auf der Website <http://www.leerstandsmelder.de/>.

anwendbares Werkzeug für konkrete Raumanweisungen wie Besetzungen etc. genutzt werden. Als offenes Community-Projekt bietet er ein Detailwissen, das früheren analogen Leerstandslisten weit voraus ist, die in mühsamer Kleinarbeit meist von Mieterinitiativen und HausbesetzerInnen erstellt wurden.

Auch eine ehemalige Polizeiwache in Berlin-Lichtenberg, die im Oktober 2013 besetzt wurde, war vorher im Leerstandsmelder verzeichnet. In diesem Falle räumte die Polizei allerdings sofort.²

2) Aktionskarten Für politischen Protest

Die »Kartographische Aktion« veröffentlicht regelmäßig auf der Webseite »aktionskarten.noblogs.org« Karten zu aktuellen Protestveranstaltungen. Meist dienen diese zum praktischen Einsatz bei Blockaden, etwa von Neonazi-Demonstrationen, Castor-Transporten oder wirtschaftlichen Einrichtungen und wurden beispielsweise bei den Blockupy-Protesten 2012 und 2013 im Bankenviertel in der Frankfurter Innenstadt eingesetzt. Das Kartenmaterial basiert dabei auf Daten von OpenStreetMap und kann deshalb lizenzierungsfrei ausgedruckt und auf den jeweiligen Veranstaltungen weiterverbreitet werden.

Die Karten sollen »den TeilnehmerInnen helfen, sich am Ort des Geschehens zurechtzufinden und ihre Aktionsziele zu erreichen«.³

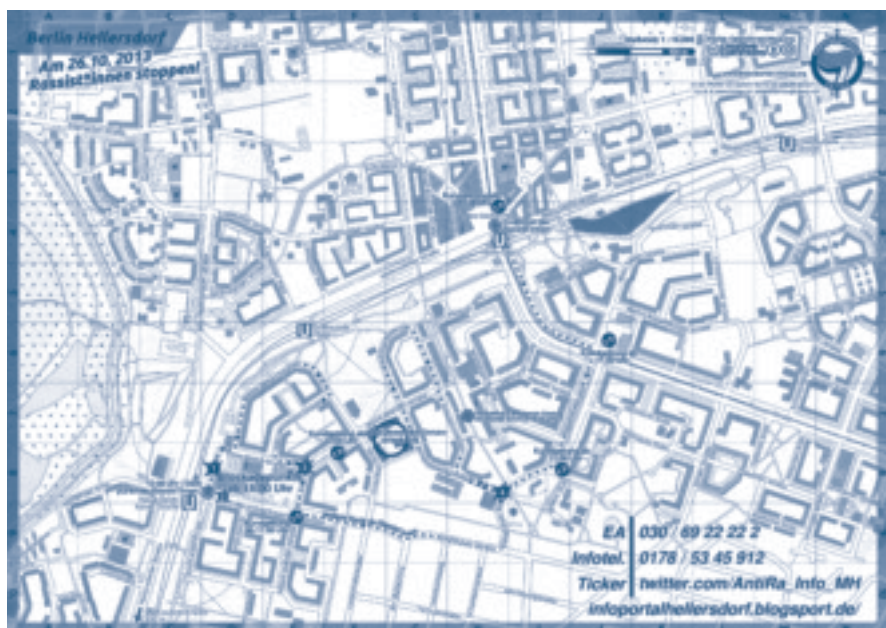
Im Oktober 2013 wurde eine Karte anlässlich eines geplanten Neonazi-Aufmarschs gegen eine AsylbewerberInnen-Unterkunft in Berlin-Hellersdorf veröffentlicht, auf der die geplante Route der Neonazis, legale Gegenkundgebungen sowie strategisch sinnvolle Treffpunkte zur Blockade des Aufmarschs verzeichnet wurden.

Tatsächlich konnten die Gegendemonstranten mit Sitzblockaden die Neonazis von der Unterkunft fernhalten.⁴

2 Vgl. Berliner Zeitung, »Polizei räumt besetztes Haus«, 20.10.2013.

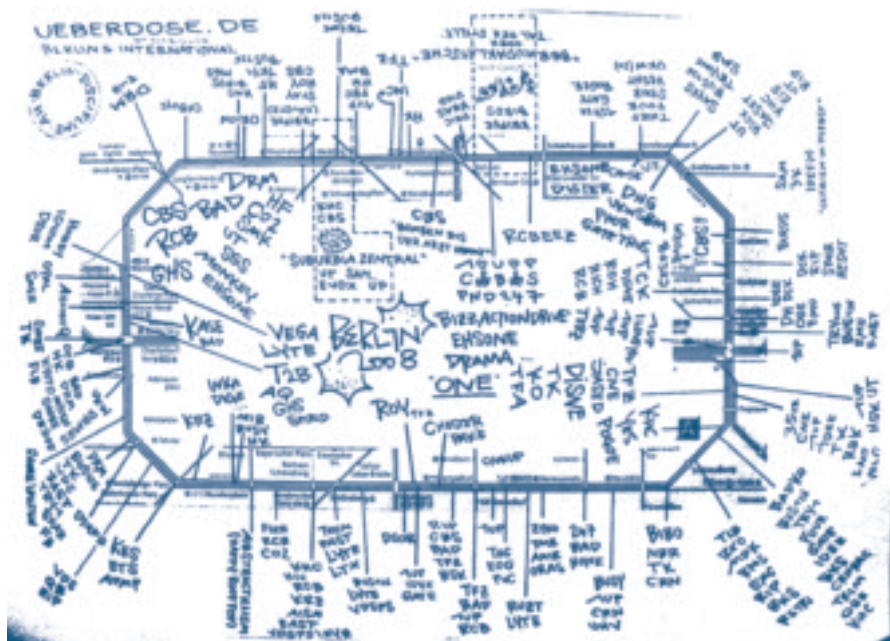
3 Selbstdarstellung auf der Website.

4 Berliner Zeitung, »NPD-Demo unter Polizeischutz«, 26.10.2013.





152



3) Kamerakarte

Eine weitere Variante des kritischen Kartierens betreibt das »Seminar für angewandte Unsicherheit« (SaU), das sich mit der zunehmenden Überwachung des öffentlichen Raums in Berlin beschäftigt. Mit gelegentlichen Stadtführungen (»Kameraspaziergänge«) und einer Online-Karte, in der Überwachungskameras verzeichnet sind, sollen Menschen für das Thema öffentlicher sozialer Kontrolle sensibilisiert werden. Auf seiner Homepage veröffentlichte die Gruppe im Oktober 2010 eine Kamerakarte von Neukölln zum »Ausdrucken und Weitergeben«.

Die Karte hilft dabei, am Beispiel eines konkreten Gebiets sowohl das Ausmaß von Kontrollmöglichkeiten im öffentlichen Raum zu erfassen als auch Gegenstrategien zu ergreifen – wie etwa das Umgehen oder Zerstören der Kameras oder das Verhindern von Aufnahmen, indem z.B. die Kameras mit LED-Lampen oder Infrarotlicht geblendet werden.

KARTEN ALS NEU-DEFINITION VON RAUM

153

Der Graffiti-Stadtplan

Der »Ring of Fire – RINGBAHNTOURPLAN 2008« ist ein umgestalteter Ringbahnlinien-Plan der Berliner S-Bahn aus der Perspektive der Urban-Art-Website »Überdose.de«.

Diese Idee entstand u.a., da die Ringbahnlinie oberirdisch fährt und sich deswegen hervorragend zum Anschauen der Graffiti eignet, die (ohne den schwer realisierbaren Anspruch der Vollzähligkeit) auf dieser Karte verzeichnet sind. Die Interpretation der S-Bahn-Ringlinie als Galerierundgang hat zur Folge, dass der aus der Bahn sichtbare Stadtraum beliebtes Ziel selbstermächtigter künstlerischer Interventionen ist.

Ebenso spiegelt sich in der Karte der Stellenwert der Künstler und Crews im Sinne einer »Machtdemonstration« wider. So ist ein wichtiger Aspekt von Graffiti, möglichst häufig und gut platziert Präsenz im Raum zu zeigen.

ZURSCHAUGESTELLTE NUTZUNG VON RAUM

Berliner Gartenkarte

Ein weiteres Beispiel für alternatives Kartieren liefert eine Karte zum Urban Gardening in Berlin. In der Berliner Gartenkarte sind geplante, laufende und beendete Gemeinschaftsgärten und Projekte der urbanen Landwirtschaft verzeichnet. Die hier abgebildete Karte ist das Ergebnis eines gemeinschaftlichen Kartierungsprozesses von kritischen GeografInnen und GartenaktivistInnen von 2011 bis 2013. Realisiert wurde die Karte durch Georilla in Zusammenarbeit mit der urbanen Gartenbewegung (u.a. mit dem Allmende-Kontor auf dem Tempelhofer Feld), WissenschaftlerInnen und dem Kollektiv orangotango.¹

Damit ist die Karte auch Ausdruck eines Prozesses der Vernetzung unterschiedlicher Garten-Initiativen in Berlin.

REPRÄSENTANZ VON GEGENMACHT

Stadtplan zur Hausbesetzungs-Bewegung 1981

Die Instand-Besetzer-Post, das Organ der damaligen Hausbesetzungsbewegung, veröffentlichte 1981 als Beilage zum Magazin einen Stadtplan mit besetzten Häusern in Berlin mit dem Titel »Berlin is ne Bombe – TUWAT-Reiseführer durchs besetzte Berlin«. ² Anlass war der TUWAT-Kongress im selben Jahr, der sich gegen die Ankündigung des Senats richtete, die besetzten Häuser räumen zu wollen. Neben besetzten Häusern sind aus Organisationsgründen auch einige nichtbesetzte Kneipen und andere bewegungs- und kongressrelevante Anlaufstellen und Veranstaltungsorte eingezeichnet.

1 Halder, Severin; Martens, Dörte; Münnich, Gerda; Lassalle, Andrea; Schäfer, Eckhard (Hg.): Wissen wuchern lassen – Ein Handbuch zum Lernen in urbanen Gärten. Neu-Ulm 2014.

2 Instand-Besetzer-Post Nr. 20, 25.8.1981.



oben: Die Gartenkarte kann umsonst auf www.gartenkarte.de heruntergeladen werden;

unten: Berlin is 'ne Bombe - TUWAT-Reiseführer durch's besetzte Berlin. Instand-Besetzer-Post Nr. 20, 25.8.1981

Einerseits diente die Karte damals als Vorlage zur alternativen Nutzung des Stadtraums für auswärtige KongressteilnehmerInnen (incl. Hinweisen zum Trampen), andererseits zeigt sie auch heute noch das zu diesem Zeitpunkt vorhandene Widerstandspotential in Berlin als eine Demonstration von Gegenmacht. Der entschlossene Kampf um den Stadtraum wird mit Illustrationen auf der Karte unterstrichen: Eine Ratte mit einer Bombe in der Hand symbolisiert die Seite der HausbesetzerInnen und drängt die (ebenfalls bewaffnete) Polizei bildlich aus der Karte.

Die selbstbewusste Bildsprache der Karte spiegelt wider, dass die Besetzungsbewegung sich zum Zeitpunkt der Veröffentlichung auf dem Höhepunkt ihrer politischen Handlungsfähigkeit im Stadtraum befand, während auf der anderen Seite die Einnahme der geeigneten Räume durch den politischen Gegner, d.h. die Räumung der besetzten Häuser, drohte.

BERLIN BESETZT – Interaktive Karte zu Haus- und Platzbesetzungen in Berlin

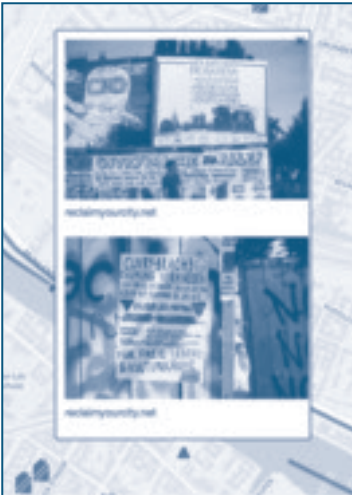
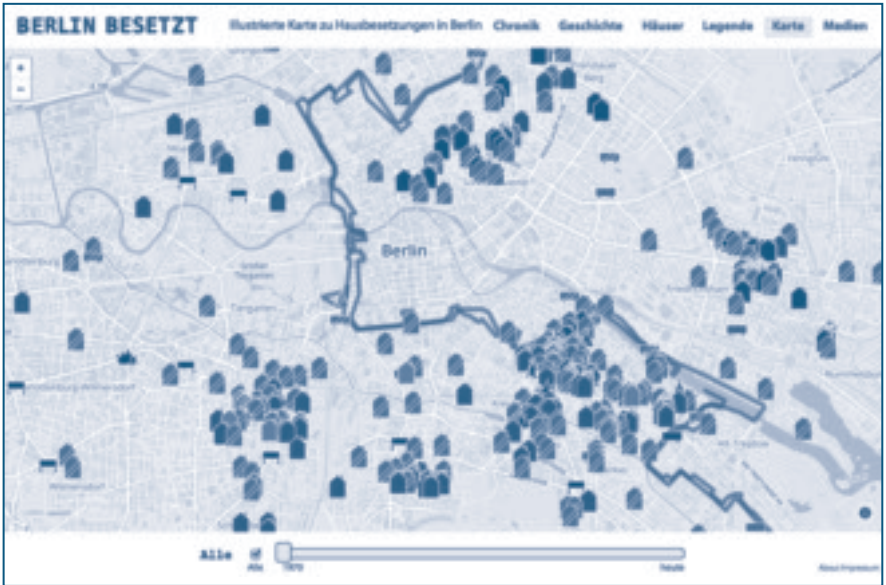
156

Der interaktive Online-Stadtplan »BERLIN BESETZT« (<http://berlin-besetzt.de/>) zeigt die Geschichte von Hausbesetzungen in Berlin als Beispiel für selbstermächtigte Eingriffe von Protestbewegungen in den Stadtraum und das Stadtleben.

Mithilfe einer Zeitachse sind Entwicklungslinien und räumliche Ausbreitung von Hausbesetzungen interaktiv nachvollziehbar. Detailinformationen zu den einzelnen Orten und mit ihnen verknüpftes Archivmaterial wie Selbstdarstellungen und Publikationen (Plakate, Flugblätter, Zeitschriften, Broschüren) erklären die Intentionen der Besetzungen und die Nutzung der aufgemachten Räume.

Die Karte macht kollektive und selbstverwaltete Räume in der Stadt sichtbar, repräsentiert also widerständige Akteure und Orte in der Auseinandersetzung um ein »Recht auf Stadt«. Sie zeigt aber auch die Kämpfe um die symbolische Aneignung des Raums auf.

Die Karte leistet damit einen Beitrag zur »Repräsentation des Raums« aus Sicht der Bewegung und zeigt den Berliner Stadtraum



als Ergebnis von Aneignungskämpfen, an denen Hausbesetzungen einen Anteil haben.

Die Veröffentlichung der Karte fand ein breites mediales Echo, weil sie ein fast vergessenes widerständiges Potential in der Stadt wieder ins öffentliche Bewusstsein zurückholte. Der Berliner Kurier, eine Boulevardzeitung, widmete der Häuserkarte kurz nachdem sie online ging eine ganze Doppelseite unter dem Titel: »Der zweite Sommer der Hausbesetzer – Sie sind immer noch da. Dabei sollte der Spuk eigentlich längst vorbei sein.«³

3 Berliner Kurier, 29.07.2014, S.4-5

TEIL 4

ANHANG

Urban Genealogy: Recht Auf Stadt / Fazit
Informationsquellen zu urbanen Protestbewegungen
Literaturverzeichnis
Autoreninfo / Über die Herausgeber / Danke

URBAN GENEALOGY RECHT AUF STADT

Die fordistische Stadt

Die Krise der Stadt

»Kritik des Alltagslebens«
(Lefebvre, 1947)

Revolte im Mai 1968 in Paris

Situationistische Internationale

SOZIALE BEWEGUNGEN

Veränderung des Alltags
durch Gestaltung, Kunst und
Politik: Zusammenschluss von
künstlerischen und
politischen Bewegungen

Kritische Geographie

Kritisches Kartieren

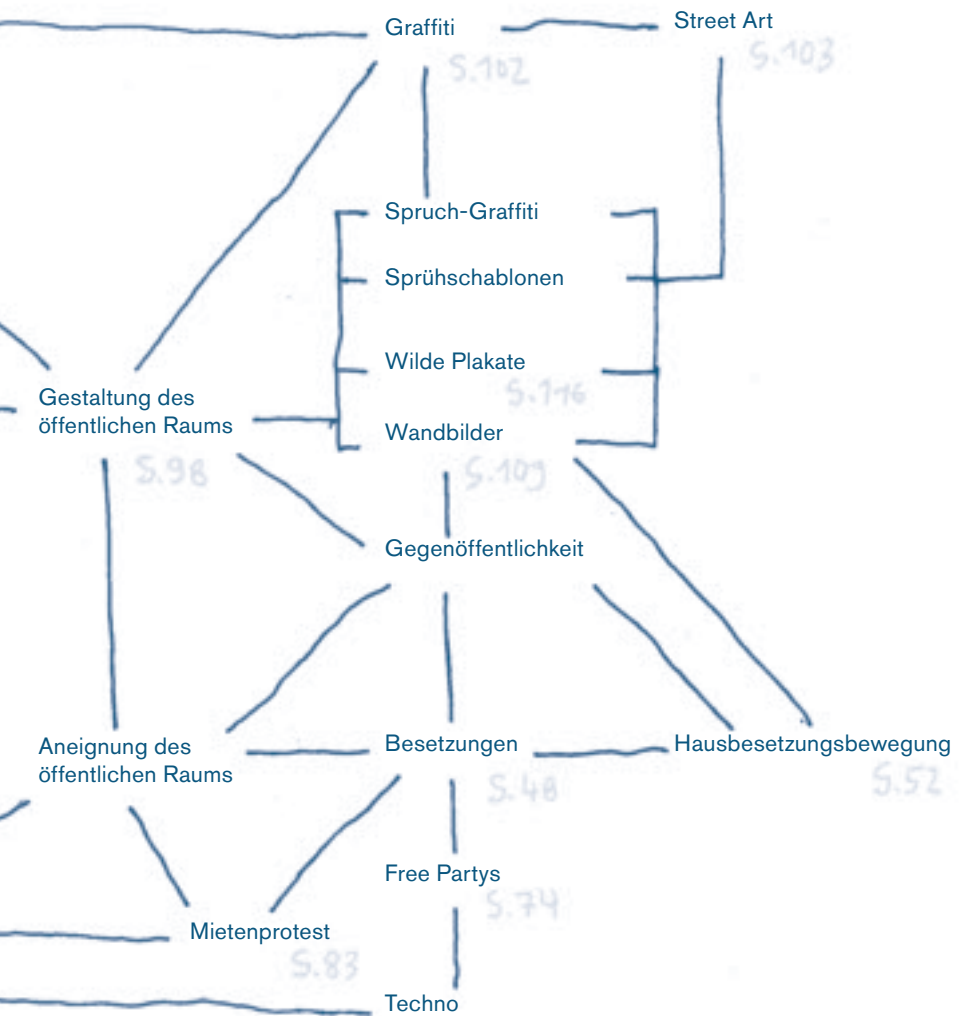
Urban Gardening

5.20

5.142

5.138

5.62



FAZIT

Um ein Fazit zu ziehen, greife ich nochmals auf die eingangs gestellten Fragen zurück.

Wie werden Konflikte um den öffentlichen Raum in diesem kommuniziert?

Der öffentliche Raum und seine Gestaltung sind immer ein Ausdruck und Ergebnis gesellschaftlicher Debatten und Kämpfe. Er ist Austragungsort dieser Auseinandersetzungen.

An dieser Stelle möchte ich zunächst festhalten, dass im öffentlichen Raum nicht nur viel kommuniziert wird, Botschaften brauchen auch eine gestalterische Form, damit sie übermittelt werden können.

Ausdruck des Protests in stadtpolitischen Konflikten sind nicht ohne Grund oft die oben beschriebenen Kommunikationsmittel: Das Zeigen von Präsenz im Stadtraum, Protest-Inszenierungen wie z.B. Demonstrationen oder künstlerische Interventionen wie z.B. Graffiti sowie Abbildungen des Raums (z.B. Karten). Die Berliner Innenstadt ist tagtäglich Schauplatz lebhafter öffentlicher Debatten.

Welche Strategien der Raumeignung verfolgen Protestbewegungen? Welche Kommunikationsmittel, welche Art von Bildsprache und welche Symbole setzen Protestbewegungen dafür ein?

Wie im theoretischen Teil sichtbar wurde, bedingen sich Raum, Gestaltung, Kommunikation und Politik gegenseitig: Um kommunizieren zu können, braucht es einen Raum, in dem die Bedingungen für Kommunikation gegeben sind. Es bedarf der Gestaltung, damit Kommunikation Gehör finden kann. Auf politischer Ebene werden die Bedingungen ausgehandelt, unter denen Menschen sich im Raum begegnen.

Konflikte um den öffentlichen Raum werden wiederum auf physischer und symbolischer (d.h. kommunikativer) Ebene ausgetragen, als ständiger Kampf um Zugang und Ausschluss. Strategien von Protestbewegungen zielen deshalb darauf ab, sich auf diesen verschiedenen Ebenen Raum anzueignen.

Zum einen geht es darum, physischen Raum anzueignen oder zu bewahren, um die Grundvoraussetzung einer gleichberechtigten Auseinandersetzung zu schaffen – d.h. die Möglichkeit des Zugangs und der Nutzung des Raums.

Zum anderen ist die Aneignung des öffentlichen Raums immer auch eine symbolische. Zugang und Ausschluss spiegeln sich auch in den Kommunikationsmitteln, der Bildsprache und Symboliken wider, wobei folgende Fragen interessant sind: Welche Kommunikationsmittel werden benutzt? Wer hat Zugang zu den Kommunikationsmitteln? Wer nicht? Bieten sie Möglichkeiten der Partizipation?

Stadtpolitische Bewegungen besetzen Häuser und Plätze und vergesellschaften sie, damit die Möglichkeiten des Zugangs zu diesen Räumen – anders als bei Privatbesitz – nicht den Regeln eines Eigentümers oder der Marktwirtschaft unterworfen sind.

Die Berliner Hausbesetzungsbewegungen erstritten Hunderte solcher Räume, von denen ein großer Teil dauerhaft vor Privatisierung geschützt ist.

Die gleichberechtigte Möglichkeit, im Raum Präsenz zu zeigen (was z.B. für illegalisierte MigrantInnen keine Selbstverständlichkeit ist), verhilft zu einer besseren Position, sich mitzuteilen.

Am Kreuzberger Oranienplatz konnten Refugees mit ihrem dauerhaften Protest-Camp eine große Öffentlichkeit herstellen, um auf ihre Forderung nach elementaren Rechten aufmerksam zu machen.

Kommunikationsmedien, die von den meisten Menschen im städtischen Raum genutzt werden können, z.B. nichtkommerzielle Plakatflächen oder gestaltbare Hauswände, schaffen eine ausgeglichene Möglichkeit, an öffentlichen Debatten teilzuhaben. Dass es einen großen Mitteilungs- und Diskussions-Bedarf unter den StadtbewohnerInnen gibt, ist an den Berliner Hauswänden deutlich abzulesen.

Das Ausklammern von sozialen Randgruppen in visuellen Darstellungen wie z.B. Karten kann Betroffene genauso aus Kommunikationsprozessen auszugrenzen wie einseitige Rollenzuweisungen und eine diskriminierende Bildsprache. Es geht sozialen Bewegungen also darum, auch in künstlerischen Werken denen Raum zu geben, die sonst kein Gehör finden.

Wie positionieren sich Künstler und Gestalter in der Stadtpolitik? Welche Möglichkeit hat Gestaltung, in die Stadtpolitik einzugreifen und welche Auswirkungen resultieren daraus bzw. sind daraus schon hervorgegangen?

Aus diesen Fragen wird deutlich, dass GestalterInnen sich einer Positionierung in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen nicht entziehen können, sobald sie in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden bzw. im öffentlichen Raum kommunizieren. Wer kommuniziert, gestaltet und umgekehrt.

Gestaltung kann Brücken zwischen Sendern und Empfänger von Botschaften bauen. Die Frage ist, ob diese Brücken von beiden Seiten aus zugänglich sind und die Rollen getauscht werden können.

Mit selbstermächtigten künstlerischen Interventionen stellen z.B. Graffiti-AktivistInnen die Gestaltungshoheit in einem Raum in Frage, ob unbewusst oder offensiv. Kommerzielle Werbung dagegen manifestiert Macht im Raum. Sie kann nur von denen angebracht werden, die die finanziellen Mittel dazu haben und dient dazu, diese auszuweiten.

Daraus könnte sich folgende Aufgabe für jede Form von Gestaltung im öffentlichen Raum ableiten lassen: Sprachrohr für diejenigen zu sein, die kein Gehör finden, und partizipative Kommunikationskanäle zu schaffen, die jedem zugänglich sein können.

Die Stadt gehört allen!

INFORMATIONSQUELLEN zu urbanen Protestbewegungen

reclaimyourcity.net ist ein Online-Archiv und Plattform für Protestkommunikation und künstlerische Interventionen in den öffentlichen Raum. Als inhaltlicher Schwerpunkt dokumentiert die Seite mit Tausenden Fotos aus Berlin, einigen Städte-Specials, Tutorials und Interviews die Entwicklung von Urban Art/Streetart/Graffiti seit 2003. www.reclaimyourcity.net

Das **Graffitiarchiv** im Archiv der Jugendkulturen e.V. Das Graffitiarchiv sammelt Veröffentlichungen in Schrift und Bild zu den unterschiedlichen Ausdrucksformen von Urban Art. In der öffentlich zugänglichen Bibliothek sind Fachbücher und wissenschaftliche Publikationen einsehbar, außerdem findet sich hier eine umfangreiche Sammlung von Szene-Dokumenten wie Magazine, Flyer, Plakate, etc. Tätigkeitsschwerpunkt des Archivs ist politische Bildungsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und Organisation von Graffiti-Veranstaltungen. *Graffitiarchiv im Archiv der Jugendkulturen e.V., Fidicinstraße 3, 10965 Berlin; www.graffitiarchiv.org*

TAZ Streetart Blog von Caro Eickhoff. Caro beobachtet die Entwicklungen von Urban Art im Kontext der sozialen Bewegungen in Berlin. Sie fotografiert, schreibt und gibt Stadtführungen zum Thema: blogs.taz.de/streetart; www.streetart-fuehrungen.de

Das **Papiertiger-Archiv** in Berlin Kreuzberg sammelt seit Anfang der 1980er-Jahre Druckerzeugnisse der sozialen Bewegungen. *Papiertiger, Cuvrystraße 25, 10997 Berlin; www.archivtiger.de*

Das **UMBRUCH-Bildarchiv** existiert seit 1988. Zahlreiche FotografInnen, die den sozialen Bewegungen nahestehen, haben dem Archiv ihre Fotos zur Verfügung gestellt. Umbruch beherbergt rund 30.000 Fotos zu sozialen und politischen Brennpunkten, so auch eine umfangreiche Sammlung zur Geschichte von Hausbesetzungen und anderen Protestbewegungen in Berlin. www.umbruch-bildarchiv.de

LITERATURLISTE

- AG Grauwacke:** Autonome in Bewegung, Hamburg 2003
- Aktionsbündnis A 100 stoppen:** »Aufruf zur A 100 an die Delegierten des Berliner SPD-Landesparteitages am 27.10.2012«
- Amann, Marc:** go.stop.act!, Frankfurt am Main 2005
- Anonymes Autoren-Kollektiv:** ... nehmt der Langeweile ihren Sinn ..., Berlin 1979
- Baudrillard, Jean:** Kool Killer oder der Aufstand der Zeichen, Berlin 1978
- Belina, Bernd:** Umkämpfte Ideologien: Krimineller Raum vs. Öffentlicher Raum, in: Paul Reuber, Günter Wolkersdorfer (Hg.): Politische Geographie. Heidelberger Geographische Arbeiten, 2001
- Bey, Hakim:** T.A.Z. – Die Temporäre Autonome Zone, Berlin 1994
- Biene Baumeister Zwi Negator:** Situationistische Revolutionstheorie, Stuttgart 2007
- Ermittlungsausschuss (EA):** »abgeräumt? 8 Häuser abgeräumt ... Klaus-Jürgen Rattay tot«, Berlin 1981
- Gabbert, Jan:** Street Art – Kommunikationsstrategie von Off-Kultur im urbanen Raum, Potsdam 2007
- Gebhardt, Dirk / Holm, Andrej:** Initiativen für ein Recht auf Stadt, Hamburg 2011
- Glasze, Georg:** Kritische Kartographie, Geographische Zeitschrift, 97. Jg. (2009), Heft 4, S. 183
- Grashoff, Udo:** Schwarzwohnen. Die Unterwanderung der staatlichen Wohnraumlentung in der DDR, Göttingen 2011
- Grothe, Nicole:** InnenStadtAktion – Kunst oder Politik?, Bielefeld 2005
- Halder, Severin; Martens, Dörte; Münnich, Gerda; Lassalle, Andrea; Schäfer, Eckhard (Hg.):** Wissen wuchern lassen – Ein Handbuch zum Lernen in urbanen Gärten, Neu-Ulm 2014
- HKS 13 (Hg.):** hoch die kampf dem – 20 Jahre Plakate autonomer Bewegungen, Berlin 1999
- Holm, Andrej:** Wir Bleiben Alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung, Münster 2010

- Holm, Andrej und Kuhn, Armin:** Häuserkampf und Stadterneuerung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2010
- Jahnke, Julia:** Guerilla Gardening anhand von Beispielen in New York, London und Berlin, Berlin 2007
- Jung, Matthias:** Geograffiti Carioca, Tübingen 2009
- Klitzke, Karin / Schmidt, Christian (Hg.):** Street Art – Legenden zur Straße, Berlin 2009
- Krause, Daniela / Heinicke, Christian / KM4042 (Hg.):** Street Art – Die Stadt als Spielplatz, Berlin 2006
- Kuzdas, Heinz J.:** Berliner Mauer Kunst, Berlin 1990
- Lefebvre, Henri:** Kritik des Alltagslebens, Kronberg im Taunus 1977
- Lefebvre, Henri:** Le droit à la ville, Paris 1973 (1968)
- Leguizamón, García:** Vom klassischen zum virtuellen öffentlichen Raum – Das Konzept der Öffentlichkeit und ihr Wandel im Zeitalter des Internet, Berlin 2009
- Martins, Norbert und Melanie:** Hauswände statt Leinwände – Berliner Wandbilder, Berlin 2012
- Müller, Christa:** Urban Gardening: Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt, München 2010
- Orangotango:** Handbuch KOLLEKTIVES KRITISCHES KARTIEREN, 2011, zum freien Download auf <http://www.orangotango.info>
- Sassen, Saskia:** The Global City, Princeton 2001
- Senator für Bau- und Wohnungswesen Berlin:** Farbe im Stadtbild. Ein Leitfaden für Hauseigentümer, Berlin 1979
- Spiral Tribe:** Freie Parties, freie Menschen, 1995, in: Sterneck, Wolfgang (Hg.): Cybertribe-Visionen, Hanau 1998
- Wehrheim, Jan:** Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung, Opladen 2002

Autoren-Info

Tobias Morawski ist Kommunikationsdesigner und Mitarbeiter des Graffiti-Archivs im Archiv der Jugendkulturen e.V. Berlin.

Über die Herausgeber

Pappsatt ist ein Kunst- und Medien-Kollektiv, das an der Schnittstelle zwischen linker Stadtpolitik und Gestaltung arbeitet. Es ist Teil des Urban-Art-Netzwerks »Reclaim Your City« und Mitbetreiber der gleichnamigen Website (www.reclaimyourcity.net). Das Kollektiv agiert im Kontext der künstlerischen und politischen Initiativen, die eine Stadt für alle fordern und aufbauen. www.pappsatt.org

Danke!

Wolfgang Stadter, Caro Eickhoff, Jonas (d.B.v.d.S.), Felix Shzu-Juraschek, Eike Send, orangotango, den Wunderers, kdekilo, Wiebke Loeper, Frank Heidmann ... und allen, die in diesem Buch in irgendeiner Form zu sehen sind oder erwähnt werden.

Berlin, September 2014.